



Ausschuss für Schule und Bildung

45. Sitzung (öffentlich)

12. März 2024

Düsseldorf – Haus des Landtags

14:34 Uhr bis 16:56 Uhr

Vorsitz: Florian Braun (CDU)

Protokoll: Carolin Rosendahl

Verhandlungspunkt:

**Gegen Antisemitismus auf Schulhöfen und in Klassenzimmern:
Systematisch Prävention gegen Antisemitismus und Mechanismen
der Konfliktbewältigung im Schulumfeld etablieren**

3

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 18/6838

– Anhörung von Sachverständigen (*s. Anlage*)

* * *

Gegen Antisemitismus auf Schulhöfen und in Klassenzimmern: Systematisch Prävention gegen Antisemitismus und Mechanismen der Konfliktbewältigung im Schulumfeld etablieren

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 18/6838

– Anhörung von Sachverständigen (s. Anlage)

Vorsitzender Florian Braun: Ich begrüße Sie alle herzlich zur 45. Sitzung des Ausschusses für Schule und Bildung. Wir freuen uns auf die Expertise der heute anwesenden und der online zugeschalteten Sachverständigen sowie über die zugegangenen Stellungnahmen, die als Grundlage für den heutigen Austausch dienen.

Auch wenn es im Rahmen einer Anhörung eher unüblich ist, erlaube ich mir, im Namen aller Mitglieder des Ausschusses zu betonen, dass es uns grundsätzlich, insbesondere natürlich auch in den letzten Wochen und Monaten ein großes Anliegen ist und war, gegen Antisemitismus vorzugehen, dafür einzustehen, das klar zu benennen und gemeinsam zu überlegen, wie das auch im Schulbereich abgebildet werden kann. Deswegen freuen wir uns, dass wir das in diesem Rahmen heute besprechen können.

Zum Vorgehen. Die Fraktionen stellen jeweils eine Frage, die wir sammeln. Im Anschluss haben die Sachverständigen Gelegenheit, dazu Stellung zu nehmen.

Im Normalfall werden Sie von den Damen und Herren Abgeordneten direkt angesprochen, sodass Sie wissen, welche Frage an Sie gerichtet ist. In der ersten Fragerunde darf es auch großzügiger gehandhabt werden und eine Frage an Sie alle gestellt werden. Danach versuchen wir, etwas fokussierter vorzugehen, um ein stringentes Vorgehen sicherzustellen.

Ich bitte Sie, Ihre Antworten möglichst im Rahmen von 3 Minuten zu geben. Das soll keine Gängelei sein, sondern ausschließlich dazu dienen, dass Sie alle gleichermaßen die Möglichkeit haben, Rede und Antwort zu stehen.

Wir werden so viele Fragerunden durchführen, wie die Abgeordneten Fragen haben, sodass Sie sicher häufiger die Möglichkeit haben, Stellung zu nehmen. Wir haben ein großzügiges Zeitfenster, nämlich eines bis 17:00 Uhr, angesetzt. Ob wir es komplett ausnutzen, werden wir im Laufe der Anhörung sehen. Ich sage es nur, damit Sie wissen, dass wir uns heute viel Zeit eingeräumt haben.

Franziska Müller-Rech (FDP): Sehr geehrte Damen und Herren Sachverständige sowohl im Raum als auch online zugeschaltet! Ich bedanke mich im Namen meiner Fraktion herzlich bei Ihnen dafür, dass Sie uns heute für Rückfragen zur Verfügung stehen, aber auch für die eingereichten Stellungnahmen.

Meine erste Frage stelle ich an mehrere Sachverständige, und zwar Frau Shcherbatova, Herrn Mohr, Herrn Salomo, die beiden Schulleitungen Frau Joerß und Herrn Anger sowie an Frau Neuwald-Tasbach. Die allererste Frage nutze ich, um etwas

genereller zu werden. Ich bitte Sie darum, einmal zu schildern, welche Erfahrungen Sie in den Schulen und in den Beratungsstellen mit dem Thema „Antisemitismus“ machen. Sie können gerne mit Beispielen belegen, welche Art Vorfälle Sie sehen. Welche Vorfälle tragen sich in Ihrem Arbeitsumfeld zu? Womit sind Sie konfrontiert? Wie erleben Sie diese Vorfälle?

Claudia Schlottmann (CDU): Auch von meiner Seite ein herzliches Willkommen und vielen lieben Dank dafür, dass Sie heute da sind bzw. uns per Videozuschaltung Rede und Antwort stehen sowie für Ihre Stellungnahmen.

Meine Frage richtet sich an Frau Neuwald-Tasbach. Sie erwähnen in Ihrer Stellungnahme ein Positivbeispiel, nämlich den Wettbewerb „Shalom – jüdisches Leben heute!“ Inwiefern trägt er dazu bei, das Verständnis für jüdische Themen zu vertiefen und den Kontakt mit jüdischen Menschen zu fördern?

Andrea Busche (SPD): Auch vonseiten der SPD-Fraktion vielen Dank für die eingegangenen Stellungnahmen. Danke, dass Sie sich heute die Zeit nehmen.

Meine erste Frage richtet sich an alle. Wie bewerten Sie die aktuelle Umsetzung der Antisemitismusprävention in Schulen bzw. glauben Sie, dass Schulen bereits eine ausreichende Rolle in der Präventionsarbeit spielen?

Lena Zingsheim-Zobel (GRÜNE): Auch im Namen unserer Fraktion vielen Dank für die eingegangenen Stellungnahmen und die Bereitschaft, in Präsenz in Düsseldorf und am Bildschirm dieser wichtigen Anhörung beizuwohnen.

Meine erste Frage richtet sich an Frau Weisband, Herrn Professor Fereidooni und Frau Dr. Platt. In unterschiedlicher Art und Weise wird auf der einen Seite der Zusammenhang von Antisemitismus und Ohnmachtserfahrungen und auf der anderen Seite Selbstwirksamkeitserfahrungen als Prävention genannt. Können Sie einmal einschätzen, wie die diesbezügliche Sachlage im Moment aussieht?

Vorsitzender Florian Braun: Die AfD-Fraktion lässt sich heute entschuldigen. Es bleibt also bei vier Fraktionen und deren Fragen.

Sebastian Mohr (SABRA): Vielen Dank von meiner Seite und der Servicestelle Antidiskriminierungsarbeit.

Zur aktuellen Situation. Zunächst nutze ich meine zweieinhalb Minuten, um ein großes Dankeschön auszusprechen. Unser Eindruck ist, dass wir insbesondere seit Oktober offene Türen vorfinden. Man hört vielen – auch hier im Raum – zu. Mit unseren Anliegen kommen wir besser durch. Das ist keine Selbstverständlichkeit und macht in den jetzigen Zeiten Mut.

In der Stellungnahme haben wir schon deutlich gemacht, dass die Situation vor dem 7. Oktober 2023 nicht gut war. Jetzt steht man vor einem Scherbenhaufen. So haben wir das auch aus den Schulen mitbekommen.

Beim Blick in die jüdischen Gemeinden und insbesondere auf jüngere Menschen stellt man fest, dass jüdisches Leben seitdem noch weniger sichtbar geworden ist.

Im Zeitraum von Mitte Oktober bis Ende des Jahres 2023 haben wir über Hundert Anfragen von Schulen, pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aus Schulen und Lehrkräften bekommen. Größtenteils ist man mit der Situation überfordert und weiß nicht genau, wie man mit der Thematik umgehen soll. Das ist auch wegen damit verbundener Angst der Fall.

Es gab irrsinnig viele Vorfälle. Uns selbst hat sehr betroffen gemacht, dass wir auch von Vorfällen an Grundschulen erfahren haben. Das hat dazu geführt, dass SABRA gerade versucht, ein Netzwerk unter Grundschulpädagoginnen und -pädagogen dazu aufzubauen, wie man mit der Thematik am besten umgehen kann. Es gibt relativ wenig Schulmaterialien dazu, wie man dieses Thema in Grundschulen anbringen kann. Man versucht, das Mögliche zu tun.

Die Situation ist schlimmer, als berichtet wird. Es herrscht Handlungsunsicherheit, häufig werden Dinge bagatellisiert, und wir sind nicht viele; ich glaube, das ist auch gut. Wegen der Einladungspolitik, also dass Leute aus verschiedenen Bereichen heute hier zusammengekommen sind, kann man sehr viel aus den Stellungnahmen dazu entnehmen, wo man ansetzen kann. Die Situation an Schulen momentan ist aber mehr als brenzlich.

Michael Anger (Albert-Einstein-Gymnasium Düsseldorf): Auch von meiner Seite vielen Dank für die Einladung und dafür, dass ich im Vorfeld aus jüdischer Schulsicht eine Stellungnahme abgeben konnte.

Vorhin hieß es „Schulleiter“. Ich leite das jüdische Gymnasium hier in Düsseldorf, das Albert-Einstein-Gymnasium. Daher ist die Frage danach, welche Erfahrungen mit Antisemitismus gemacht wurden, speziell. Man könnte fast so weit gehen, zu sagen, dass die Schule nur aufgrund dieses Themas existiert.

Wie ich auch in meiner Stellungnahme geschrieben habe, ist es sicher eine ganz besondere Situation, wenn man Schule hinter Panzerglas und Metalltüren machen muss. Das war schon vor dem Oktober so.

In den letzten Jahren sind wir den Weg der Öffnung und der Begegnung gegangen. Ich sehe den per Video zugeschalteten Ben Salomo. In Zusammenarbeit mit Frau Leutheusser-Schnarrenberger hatten wir ein schönes Begegnungsprojekt mit muslimischen Jugendlichen.

Seit dem 7. Oktober ist das nicht mehr denkbar. Die jetzige Situation stellt also eine ganz hohe Belastung für die Schule dar und rüttelt an jeder einzelnen Schülerin und an jedem einzelnen Schüler sowie den Elternhäusern. Die Angst, die in diesen Familien durch den Terrorangriff ausgebrochen ist, ist kaum zu beschreiben. Es geht so weit, dass wir keine Exkursionen mehr gemacht haben. Die Eltern schicken ihre Kinder nicht mehr mit öffentlichen Verkehrsmitteln in die Schule, sondern fahren sie privat mit dem Auto, obwohl wir durch ein eigenes Bussystem etc. eine sehr hohe Sicherheit haben. Die Auswirkungen in diesem Bereich sind also so extrem, dass es eigentlich biografieverändernd wirkt.

Das war vorher nicht so stark so. Wir haben versucht, Begegnungsprojekte zu initiieren, uns offen zu zeigen und Besucher zu empfangen. Diese Angst jetzt frisst fast alles auf.

Im Umkehrschluss muss man sagen, dass wir selbst versuchen, es jetzt wieder in geordnete Bahnen zu lenken. Der schulische Schnittpunkt war aber wirklich der 7. Oktober.

Ansonsten waren die üblichen Geschichten, die jüdische Menschen berichtet haben, Angriffe auf öffentlichen Schulhöfen, weswegen sie die Schule wechseln und auf das jüdische Gymnasium gehen wollten. In weiter entfernten Städten wie Essen oder Köln gibt es keine weiterführende Schule mit einem jüdischen Profil. Die Eltern dort haben massive Befürchtungen und ganz große Ängste, ihre Kinder auf öffentliche Schulen zu schicken. Daran knüpft das Themengebiet an, ob man sich mit seiner Identität, mit jüdischen Symbolen und mit Fragen zu Fest- und Feiertagen zeigen kann. Da sind die Auswirkungen so stark, wie ich es auch in der Stellungnahme geschrieben habe. Es ist ganz schwer zu beantworten, wohin die Reise gehen wird.

Stella Shcherbatova (NS-Dokumentationszentrum der Stadt Köln): Ich möchte mich meinen Vorrednern anschließen, weil sie schon vieles gesagt haben, was auch ich heute äußern möchte.

Ich nenne einige Zahlen. Ich biete in Köln bei einer Fachstelle eine psychologische Beratung an. Im Jahr 2022 sind 34 Personen für 75 Beratungen zu mir gekommen. 2023 bis zum 7. Oktober waren es 37 Personen und 72 Beratungen. Allein vom 7. Oktober bis zum 9. November waren es 27 Personen und 45 Beratungen. Es haben also fast dreimal so viele Beratungen wie sonst im Jahresschnitt im gleichen Zeitraum stattgefunden. In etwa 60 % der Beratungen ging es um die Themenfelder „Schule“, „Jugendliche“ und „Familie“.

Wie schon gesagt wurde, gibt es Ängste und Unsicherheit – besonders in Köln, wo es keine weiterführende jüdische Schule gibt. Nach der jüdischen Grundschule müssen die Kinder in eine weiterführende Schule gehen. Die Eltern sind besorgt und fragen sich, was sie tun sollen, damit ihr Kind in der Schule nicht als Jude erkennbar ist.

Ein Beispiel. Ein achtjähriger Junge war mit einem muslimischen Schulkameraden befreundet. Nach dem 7. Oktober berichtete der Junge in der jüdischen Schule, die beiden könnten nicht mehr befreundet sein, weil Muslime und Juden Feinde seien. In der heutigen Zeit kann man gar nicht verstehen, wie das sein kann. Das Schlimme, was mir die Eltern berichtet haben, war, dass die Lehrerin das gehört und nichts unternommen hat. – Das ist nur ein konkretes Beispiel. Ich kann mehrere solcher Beispiele nennen.

Anna Schlieck (Mahn- und Gedenkstätte Düsseldorf): Auch von meiner Seite vielen Dank für die Einladung in diese Runde. Ich kann mich meiner Vorrednerin und meinen Vorrednern anschließen und möchte kurz darauf eingehen, was an Anrufen und teilweise Hilferufen aus den Schulen bei uns in der Mahn- und Gedenkstätte einget.

Wir haben mehrere Partnerschulen Düsseldorf. Mit diesen sind wir eng vernetzt, vor allen Dingen mit den Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartnern vor Ort. Wir merken, was auch die anderen schon ausgeführt haben: Die Kolleginnen und Kollegen in den Schulen suchen Hilfe. Sie wenden sich zum Beispiel an uns – zum einen, um zu fragen, ob sie direkt zu uns in die Mahn- und Gedenkstätte kommen können und ob wir helfen können. Wahrscheinlich gehen wir darauf im Laufe der Sitzung noch ein, aber wir müssen immer abwägen, ob wir als Ort vor allen Dingen historischer Bildung da weiterarbeiten bzw. weiter verweisen können.

Wir merken aber auch, dass die Lehrerinnen und Lehrer – das haben wir beim letzten Treffen mit unseren Bildungspartnerschulen gemerkt – mit der Situation absolut überfordert sind. Sie denken, dass sie nicht genügend Handwerkszeug haben, um in akuten Situationen direkt und richtig handeln zu können. Häufig haben sie auch Schwierigkeiten mit der großen Emotionalität, die da auf einmal – „auf einmal“ heißt: vor allem nach dem 7. Oktober – entsteht, umzugehen. – Das sind unsere Beobachtungen.

In Bezug auf Angebote für Schülerinnen und Schüler in unserer Mahn- und Gedenkstätte ist es sehr durchwachsen. Es gibt Positionen, die sehr vorsichtig formuliert werden, weil man merkt, dass man sich in einer Mahn- und Gedenkstätte befindet. Wir treffen schon auf verschiedene Muster von Antisemitismus, haben auch einen Raum, um darüber zu reden. Wir merken aber ganz stark, dass ein Raum, wo man Dinge offen äußern und Fragen stellen kann, für viele Schülerinnen und Schüler in der Schule nicht gegeben ist. Das trifft sicherlich nicht auf alle Schulen zu, sind aber so unsere Erfahrungen insbesondere der letzten Monate.

Prof. Dr. Karim Fereidooni (Ruhr-Universität Bochum): Ich möchte eine Anekdote aus meiner Tätigkeit schildern. Ich bilde an der Ruhr-Universität Bochum Politiklehrkräfte aus. Mein Arbeitsschwerpunkt ist unter anderem Rassismuskritik.

Wir haben eine Studie zu Antisemitismus an Schulen durchgeführt und drei Jahre lang unterschiedliche Unterrichtsfächer beobachtet. Auf die Studie gehe ich später noch ein.

Eine Anekdote, die nichts mit der Studie zu tun hat. Eine Masterstudentin von mir, die sich gerade im Praxissemester befindet, hat mir nach dem 7. Oktober nach einer mündlichen Prüfung folgende Frage gestellt: Herr Fereidooni, unser Schulleiter hat uns per E-Mail verboten, über den 7. Oktober und den Nahostkonflikt zu sprechen. Was soll ich tun? – Das ist ein Sinnbild für die Unsicherheit von Schulleitungen und Lehrkräften.

Es widerspricht der Position der Landesregierung und der Bezirksregierungen. Sowohl Landesregierung als auch Bezirksregierungen sagen eindeutig, dass Lehrkräfte darüber sprechen müssen.

Nun kann man sagen, es handele sich um eine Studentin und sie wisse noch nicht, wie man damit umgehen solle. Diese E-Mail ging aber an alle Lehrkräfte.

Seit dem 7. Oktober nehme ich eine große Unsicherheit bei den Lehrkräften wahr. Sie war auch vorher schon vorhanden. In unterschiedlichen empirischen Studien konnten

wir ermitteln, dass im Lehramtsstudium Holocaust Education sehr selten vorkommt. Es gibt da also einen Mangel im Studium. Nach dem 7. Oktober hat sich nun vollends Bahn gebrochen, dass die Unsicherheit groß ist.

Deswegen habe ich wie sicher auch die Kolleg*innen ganz viele Lehrkräftefortbildungen durchgeführt und 50 Handlungsempfehlungen formuliert. Bei Begegnungen haben mir Lehrkräfte signalisiert, dass diese Handlungsempfehlungen ihnen in gewissem Maße Sicherheit geben.

Ich wurde auch nach der Ausbildungssituation gefragt. Sie ist prekär. Von Lehrkräften wird sehr viel verlangt. Sie sollen beraten, unterrichten sowie Antisemitismus- und Rassismusprävention machen. Weder in der ersten noch in der zweiten Phase der Lehrer*innenbildung spielt Antisemitismus- oder Rassismuskritik explizit eine Rolle, obwohl es im Lehrplan steht. Im Lehrplan wird es von den Lehrkräften also verlangt, aber sie werden nicht adäquat ausgebildet. Diesen Schwerpunkt würde ich in meinem zweiten Statement gerne noch einmal aufgreifen.

Jüdische Eltern haben mir auf sozialen Medien geschrieben, dass sie sich nicht mehr trauen, ihre Kinder in die Schulen zu schicken. Bei einigen Schulen habe ich sogar Distanzunterricht genau wie bei Corona mitbekommen. Einige jüdische Schüler*innen haben sich nicht mehr in die Schule getraut. Bei muslimischen Schüler*innen gab es eine Art Verhörsituation: Erzähl mal, was denkt deine Familie denn über die Hamas? – Diese Kollektivierungen fanden also auf beiden Seiten statt. Sowohl Antisemitismus als auch antimuslimischer Rassismus spielt in der Schule virulent eine Rolle.

Judith Neuwald-Tasbach (Jüdische Gemeinde Gelsenkirchen): Auch ich bedanke mich für die Einladung. Das Thema der heutigen Anhörung ist eines, das uns in den jüdischen Gemeinden extrem auf der Seele brennt, und zwar nicht erst seit dem 7. Oktober. Seit dem 7. Oktober ist es aber eigentlich ganz furchtbar geworden.

In meiner Stellungnahme habe ich einige Beispiele genannt, was in der Zeit passiert ist. Ich habe noch jede Menge mehr zu erzählen und nenne noch zwei weitere Beispiele. Das eine Ereignis fand vor dem 7. Oktober statt, das andere nach dem 7. Oktober.

Eine Schulklasse war bei uns zu Gast. Bei der Anmeldung für die Führung fragte ich die Lehrerin, ob es an der Schule Antisemitismus gebe. Sie entgegnete ganz wütend, wie ich auf so etwas käme, an der Schule gebe es keinen Antisemitismus. Als die Klasse, die zugegebenermaßen sehr nett und sehr gut vorbereitet war, dann da war, habe ich am Ende gefragt, ob es an der Schule Antisemitismus gebe. Mir wurde sofort gesagt: Bei uns ist es üblich, den Hitlergruß zu zeigen. – Ich war geschockt. Sonst bin ich nicht so zurückhaltend, schaute in dem Moment aber stumm die Lehrerin an. Diese sagte daraufhin: aber nur ab und zu, Frau Neuwald-Tasbach. – Ich verbürge mich für die Richtigkeit dieses Beispiels.

Deswegen sage ich, dass es an den Schulen viel zu tun gibt, damit sie überhaupt erst einmal erkennen, was da passiert und dass man das nicht unter den Teppich kehren und verharmlosen darf, sondern einschreiten muss. Die Schüler haben selbst gesagt,

was passiert ist. Sie sagten, es sei üblich. Es war also schon ganz normal geworden, dass man den Hitlergruß zeigt. Das darf nicht passieren.

Das zweite Beispiel. Im Januar wollte eine Schule zu einer Führung zu uns kommen. Von dieser Schule kommen jedes Jahr sehr viele Kinder zu uns. Ich kenne die Lehrer gut. Sie sind unglaublich engagiert. Die dieses Mal zuständige Lehrerin rief mich an und sagte, wegen der Führung sei dieses Mal eine Lehrerkonferenz abgehalten worden. Ich fragte, ob es tatsächlich eine Lehrerkonferenz wegen einer Führung gegeben habe. Die Lehrerin bestätigte es daraufhin noch einmal und ergänzte, die Lehrer hätten entschieden, nicht mit den Schülern zu kommen, weil sie es nicht verantworten könnten, weil man nicht wisse, wie sich die Kinder bei uns in der Synagoge verhalten würden – und das bei einer Schule, die wirklich sehr engagiert ist. Auch dort wurde schon aufgegeben.

Deshalb stimme ich meinen Vorrednern vehement zu, dass man den Lehrern mehr Wissen und Möglichkeiten an die Hand geben muss, damit sie mit solchen Situationen umgehen können. Die einen trauen sich nicht, etwas zu sagen, weil sie den Krach in der Klasse fürchten. Die anderen haben noch zu viel Unterrichtsstoff vor sich und überspringen das gerne. Ganz wichtig ist also, dass die Lehrer gestärkt werden. Das ist das A und O.

Die Lehrer müssen wissen, wie man disziplinarische Maßnahmen durchsetzt. Es muss nicht immer gleich die Polizei kommen. Es gibt vielerlei Möglichkeiten, um auf die Schüler einzuwirken, damit sie begreifen, was da passiert.

Es wurde nach dem Wettbewerb „Shalom – jüdisches Leben heute!“ gefragt. Das ist eine ganz wunderbare Aktion der Bezirksregierung Münster. Damit werden die Schulklassen animiert, sich mit der Vergangenheit, aber vor allen Dingen auch mit jüdischen Bräuchen, Beerdigungskultur, koscherem Essen und jüdischem Leben ganz allgemein auseinanderzusetzen. So bekommen sie einen Einblick in das heutige jüdische Leben. Das ist ganz wichtig. Außerdem lernen sie jüdische Menschen kennen. Bei den wenigen Juden in Deutschland ist es eher Zufall, wenn man auf jüdische Menschen trifft. Die Schulklassen müssen sich im Rahmen dieses Wettbewerbs aktiv Richtung jüdischem Leben bewegen. Das halte ich für eine ganz wunderbare Sache.

Heike Joerß (Walter-Eucken-Berufskolleg): Vielen Dank für die Einladung. Ich habe nun ganz viel gehört, was mich teilweise sehr betroffen macht.

Ich vertrete ein kaufmännisches Berufskolleg in Düsseldorf. Vielleicht ist es der Tatsache geschuldet, dass unsere Schüler größtenteils erwachsen sind – es gibt nach hinten keine Grenze dafür, wie alt sie sein können –, dass Antisemitismus bei uns nicht so heftig zutage tritt, wie es bei anderen Schulformen der Fall sein mag. Ich glaube nicht, dass es ihn nicht gibt, kann mir aber schon vorstellen, dass er nicht zutage tritt.

Damit bin ich bei dem, was Herr Professor Fereidooni angesprochen hat. Es muss noch mehr auf die Schüler zugegangen und noch stärker eingefordert werden, dass über Dinge gesprochen wird, die sie vielleicht nicht erzählen, weil sie einfach kontrolliert sind und wissen, dass es, wenn sie darüber reden, Ärger gibt, weswegen sie lieber still sind.

Wir führen an vielen Stellen Gespräche mit Schülerinnen und Schülern zu allen möglichen Konflikten – interkulturell, interreligiös und auch zum Thema „Antisemitismus“. Viele Kolleginnen und Kollegen sind unglaublich engagiert und mit Herzblut dabei. Wir haben Kooperationen, unter anderem mit der Mahn- und Gedenkstätte, die uns ganz wichtig sind. Ich glaube aber, dass wir mehr brauchen und das Bisherige nicht ausreicht.

Ich habe 120 Kolleginnen und Kollegen. Die sind nicht alle auf dem Stand, sprechfähig zu sein, wenn eine Äußerung kommt, die so nicht in Ordnung ist. Die meisten können es. Viele machen es vielleicht auch intuitiv. Die Lehrerfortbildung gerade im Referendariat noch zu stärken, halte ich aber für sehr wichtig. Das ist nämlich der Moment, zu dem Lehrkräfte in Kontakt mit Schülerinnen und Schülern kommen. An der Stelle ist es wirksamer, als es irgendwo im Studium unterzubringen.

Ich stimme Ihnen aber zu, dass es eine wirklich herausfordernde Aufgabe ist, die zu vielen anderen Aufgaben hinzukommt, die wir in den letzten Jahren bekommen haben. Wir können die Augen aber nicht davor verschließen.

Ben Salomo (*per Video zugeschaltet*): Danke für die Einladung, hier zu sprechen. Ich kann mich den Vorrednern, die gesprochen haben, nur anschließen.

Ich bin schon viele Jahre in Deutschland unterwegs – seit vier Jahren eng verbunden mit der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit –, um zur Antisemitismusprävention Schulen zu besuchen. Ich muss ganz klar sagen, dass die Lage schon vor dem 7. Oktober wirklich brenzlich war. Bei ca. 20 % meiner Vorträge gab es während des Vortrags antisemitische Outbreaks – beispielsweise durch Schülerinnen und Schüler, die Terrororganisationen wie Hisbollah oder Hamas verkärten. Das erlebe ich oft in Städten mit über 500.000 Einwohnern, in denen der migrantische Anteil höher ist. Ich habe in anderen Gegenden Deutschlands, beispielsweise in den neuen Bundesländern, auch erlebt, dass Schülerinnen und Schüler einen klassischen rechtsradikalen Hintergrund haben. Da wurden immer wieder sehr seltsame und antisemitische Aussagen getätigt.

Wie auch alle anderen widerspiegeln, erlebe ich überall eine große Ratlosigkeit, Überforderung und Hilflosigkeit von Lehrerinnen und Lehrern, die in der Ausbildung nicht ausreichend auf diese Situation vorbereitet wurden – und das schon vor dem 7. Oktober.

Nach dem 7. Oktober haben sich die Ausbrüche während meiner Vorträge nun etwa verdoppelt. War es vorher bei ungefähr 20 % der Vorträge der Fall, ist es nun bei 40 % der Vorträge der Fall. Ich muss leider sagen, dass das viel bei Jugendlichen mit Migrationshintergrund der Fall ist. Sie haben zum Thema „Israel“ reine Propaganda im Kopf und sehr verzerrte bis falsche Geschichtskennntnisse. Sie haben ihr Wissen von sehr problematischen Fernsehsendern wie Al Jazeera oder TRT Deutsch, also diesem Staatspropagandasender aus der Türkei, oder von irgendwelchen Influencern oder Influhetzern aus den sozialen Netzwerken, die ihre Köpfe vergiften. Teilweise habe ich Schülerinnen und Schüler erlebt, die mit Absicht, weil sie wussten, dass ich an die Schule komme, mit Kufyia in den Unterricht gehen, um mir gegenüber ein politisches Statement zu artikulieren. Lehrer und Lehrerinnen sollten sich damit auseinander-

setzen, dass es ein sehr aggressives politisches Statement ist, wenn man mit einem solchen Schal in die Schule geht.

Seit dem 7. Oktober hat sich die Zahl der Anfragen zu Präventionsworkshops von Schulen in meinem Postfach verdreifacht. Ich war schon vorher sehr gefragt, mein Kalender war voll. In den ersten Monaten nach dem 7. Oktober habe ich aber fast täglich ein Dutzend Anfragen von verschiedenen Schulen in ganz Deutschland erhalten.

Eben wurde gesagt, es beginne schon in der Grundschule. Ich möchte eine Nachricht vom 29. Februar 2024 vorlesen, die mir ein jüdischer Freund, der in Bremen lebt, geschickt hat:

Hey Jonni, ich hoffe, es geht dir gut. Ich hatte dir ja damals von diesem Vorfall mit dem türkischstämmigen Kind aus der 4. Klasse erzählt, der meinen Sohn antisemitisch beleidigt hat. Die Schule hatte uns zugesichert, dass es nicht mehr vorkommen würde. Nach diesem Gespräch ist es aber nicht nur bei uns zu einem wiederholten Vorfall gekommen, sondern auch bei anderen jüdischen Kindern von derselben Person. Mein Sohn wurde bedroht mit den Worten: Ihr Juden macht unsere Moscheen kaputt. Wenn ich groß bin, dann töte ich deine Eltern. – Wir haben Sorge, unsere Kinder in diese Schule zu schicken, wenn sich ...

Wir reden hier von Grundschulkindern. Das ist eine Situation, die es mittlerweile deutschlandweit gibt, obwohl es an den Schulen nur so wenige jüdische Kinder gibt. Es ist unglaublich, wie es sich durch alle Bundesländer zieht, in denen jüdische Kinder an Schulen sind. Das spiegelt sich auch in den Beratungsstellen wider.

Es muss unbedingt mehr Präventionsarbeit geleistet werden. Die Lehrer*innen müssen bereits in der studentischen Ausbildung kompetent gemacht werden. Es ist sehr wichtig, dass Handlungsprotokolle für die Schulen für solche Vorfälle entwickelt werden, damit die Lehrer*innen und die Schulleitung ganz genau wissen, wie gehandelt werden soll.

Eben wurde von Hitlergrüßen gesprochen. Ich bin an so vielen Schulen unterwegs und frage die Schülerinnen und Schüler, wer schon einmal Zeuge von Antisemitismus geworden sei. Es melden sich dann so 10 bis 15 %, ganz selten einmal 20 %. Wenn ich dann aber frage, wer schon einmal ein Hakenkreuz an eine Wand der Schule oder in der Gegend geschmiert gesehen habe, dann melden sich 80 bis 90 %. Sie sehen also ein Hakenkreuz, erkennen aber nicht den antisemitischen Inhalt dieses Symbols. Wenn ich frage, wer jemanden kenne, der es auf Partys nach zwei bis drei Bier für eine gute Idee halte, den Hitlergruß zu machen, dann melden sich ebenfalls 80 bis 90 %. Überall in Deutschland gibt es jemanden, der glaubt, es sei eine gute Idee, den Hitlergruß zu machen. Die Schülerinnen und Schüler erkennen nicht, dass sich hinter dieser Geste antisemitische Ideologie verbirgt. Oft ist es auch so, dass der Schüler selbst das nicht weiß und glaubt, es handle sich lediglich um eine Provokation. Darum geht es aber nicht. Für die jüdischen Schülerinnen und Schüler, die in einer solchen Gegend aufwachsen müssen, in einer solchen Schule sind und solche Sachen um sich herum wahrnehmen, stellt es eine massive Einschüchterung dar. Es geht ein massives Unsicherheitsgefühl damit einher, das ihre jüdische Identität radikal verstümmelt und

ihre Biografie beeinflusst, sodass sie weder sichtbar sind noch ihre jüdische Identität ausleben können. Nicht selten bekommen sie schwere Depressionen.

Ich habe erlebt, dass eine Schülerin mir sagte, sie sei die einzige jüdische Schülerin an der Schule, und nur, weil sie sich einmal widersetzt habe, als jemand auf einer Party einen Judenwitz erzählt habe, werde sie auf keine Party mehr eingeladen. Sie gelte als Verderberin und sei sozial ausgegrenzt. Das ist die Realität.

Der 7. Oktober hat das Ganze in höhere, unvorstellbare Dimensionen gebracht. Das muss wirklich ernst genommen werden. Es muss endlich etwas dagegen getan werden. Man muss sich der Tatsache stellen – das ist sehr wichtig; ich sage das mit großem Bedauern –, dass ein Großteil der Anfeindungen gegenüber Jüdinnen und Juden aus Bereichen unserer Gesellschaft kommt, die selber mit Rassismus konfrontiert sind, aus der migrantisch-muslimischen, -arabischen und -türkischen Community. Wir dürfen nicht mehr die Augen davor verschließen, sondern müssen offen und transparent darüber reden und Konzepte entwickeln, wie es angesprochen und zurückgedrängt werden kann. Ich glaube durchaus, dass man so positive Impulse und Veränderungen bewirken kann.

Marina Weisband (*per Videozuschaltung*): Vielen Dank für die Einladung und die Gelegenheit, hier sprechen zu können.

Ich möchte mich den bisherigen Beobachtungen anschließen. Sie sind richtig. Es ist notwendig, Lehrer*innen und Schulleiter*innen Werkzeuge dazu an die Hand zu geben, wie sie sich richtig zu verhalten haben, damit sie nicht die Notwendigkeit verspüren, Dinge unter den Teppich zu kehren.

Es ist notwendig, Begegnungen mit Jüdinnen und Juden zu schaffen, sie als Menschen zu vermitteln und die Kultur sichtbar zu machen, damit nicht nur Karikaturen oder antisemitische Stereotype sichtbar sind.

Es ist notwendig, aber nicht hinreichend. Meine Überzeugung als Psychologin ist, dass Antisemitismus nicht entsteht, weil Menschen nicht wissen, dass Juden keine schlimmen Menschen sind, sondern weil Menschen nicht wissen wollen, dass Juden keine schlimmen Menschen sind. Es gibt ein emotionales Bedürfnis, antisemitisch zu sein. Es gibt das emotionale Bedürfnis, eine Out-Group zu haben. Solange auf dieses Bedürfnis nicht eingegangen wird, wird es nicht ausreichen, Begegnungskampagnen und Lehrerfortbildungen zu machen.

Ich arbeite seit zehn Jahren eng mit Schulen. Ich als jüdische Bildnerin, die von außen kommt und Antisemitismus an Schulen erlebt hat, habe also einen Einblick, wie das emotionale Bedürfnis oft entsteht, nämlich durch eine Ohnmacht. Es sind Schüler, die selbst Rassismus erfahren und wegen des Aufstiegs der AfD gerade selber richtig Angst haben. Sie fragen etwa, ob sie nun ausgewiesen würden. Es sind Schüler, die nachweislich unter immer höherem Stress stehen. Das gilt nicht nur für die migrantischen Schüler, sondern für alle. Alle Schülerinnen und Schüler stehen unter einem enormen Prüfungsstress, speziell seit Corona. Sie sind überladen von Material, haben aber keinen Ort, wohin sie mit ihren Problemen, Ängsten und Sorgen gehen können.

Außerdem sind sie an Schulen ziemlich fremdgesteuert, einfach aufgrund dessen, wie Schule ist.

Frau Neuwald-Tasbach hat vorhin einen ganz wichtigen Satz gesagt. Ich möchte nicht, dass er untergeht. Sie sagte: Es gibt zu viel anderen Unterrichtsstoff, sodass das Thema untergeht. – Das ist ein zentraler Satz. Die Schule wird mit Aufgaben überladen. Sie soll betreuen, bilden, sortieren, demokratisieren, aber auch Gehorsam lehren. Ein Schüler von mir hat einmal gesagt, kritisches Denken sei in der Schule gefordert, aber nicht erwünscht.

Wenn Antisemitismus im Kern angegangen werden soll, also dort, wo das Bedürfnis entsteht, eine ganze Menschengruppe, die man gar nicht kennt, zu hassen, dann muss dabei angesetzt werden, wie das eigene Bild in der Gesellschaft ist. Ist man eine wertvolle Person, deren Bedürfnisse zählen, die Kontrolle über ihre Umgebung hat und gemeinsam mit anderen die eigene Lebenswelt gestaltet? Oder ist man ein Opfer und hat keine andere Wahl, Macht zu erlangen, als gegen andere zu treten, die noch weiter unten sind?

Meine konkreten Vorschläge sind daher neben der Lehrerfortbildung, die dahingehend massiv ausgebaut werden muss, neben Begegnungskampagnen, Erinnerungsstätten usw., zusätzlich die schulpсихologischen Dienste und Schulsozialarbeit auszubauen sowie Stoff und Prüfungen zu reduzieren, um allen Schüler*innen in der Schule – seien es jüdische, muslimische, deutsche, wer auch immer – mehr Raum zu geben, sich mit ihren Problemen, Belastungen auseinanderzusetzen, zusammen zu einer Gemeinschaft zu finden. Dieser Raum ist in Schulen heutzutage kaum vorhanden. Er muss geschaffen werden. Das ist ein Anliegen der Landespolitik.

Vorsitzender Florian Braun: Nun wäre noch Frau Dr. Platt an der Reihe. Sie ist aber momentan nicht zugeschaltet. Dann fahren wir zunächst mit der nächsten Fragerunde fort.

Franziska Müller-Rech (FDP): Ich frage in der zweiten Runde zum außerschulischen Umfeld. Meine Frage richtet sich an Herrn Salomo, Frau Joerß und Frau Neuwald-Tasbach.

Antisemitismus ist logischerweise nicht auf Schulen oder Ähnliches räumlich begrenzt. Kinder und Jugendliche geben häufig das wieder, was sie in der Familie hören oder aus den sozialen Medien mitbekommen. Wie kann das im Rahmen von Schule aufgefangen, eingeordnet, bearbeitet werden, was vor allem in Social Media kursiert? Was sind Ihre Vorschläge?

Claudia Schlottmann (CDU): Meine Frage geht an Herrn Mohr, Herrn Anger und an Frau Neuwald-Tasbach. Welche Herausforderungen bestehen bei der Integration von antisemitismuskritischer Bildungsarbeit in die Lehrpläne, und wie können sie bewältigt werden, oder sehen Sie bereits Erfolge der Maßnahmen, die durch die Ministerin angestoßen wurden?

Andrea Busche (SPD): Meine Frage geht an Herrn Mohr und Herrn Professor Fereidooni. Frau Dr. Platt ist immer noch nicht zugeschaltet. Sonst würde die Frage auch an sie gehen. Wie kann das Schulcurriculum gestaltet werden, um Themen wie Antisemitismus, Rassismus und Diskriminierung an Schulen natürlich neben der Ausbildung von Lehrerinnen und Lehrern angemessen zu behandeln?

Ina Besche-Krastl (GRÜNE): Meine Frage geht an Herrn Professor Fereidooni. Frau Dr. Platt ist jetzt zugeschaltet. Ich hoffe, sie kann meine Frage hören, denn sie richtet sich auch an sie. Sie gehen in Ihrer Stellungnahme auf die Darstellung von jüdischem Leben im Unterrichtsmaterial sowie darauf, dass die Figur des Jüdischen eine ahistorische und überhistorische Verstetigung erfährt, ein. Können Sie ausführen, woran das liegt und wie im Unterricht vorzugehen wäre, damit das nicht geschieht?

Sebastian Mohr (SABRA): Ich gehe zunächst auf die Frage bezüglich der Maßnahmen ein. Es ist alles gerade erst im Werden. Der 10-Punkte-Plan wurde erst vor einigen Monaten in die Wege geleitet. Wir als Servicestelle erhalten dieses Jahr dankenswerterweise eine Förderung und können dadurch weitere Personen einstellen, die die Möglichkeit haben, weitere Bildungsmodule zu entwickeln.

Eben wurden schon Zahlen genannt. In den letzten Monaten kamen pro Tag mindestens zwei Anfragen aus dem ganzen Bundesland bezüglich Fortbildungen. Wir sind aber nur drei bis fünf Leute, die das zeitlich möglich machen können müssen, für einen halben Tag nach Westfalen oder Richtung Bonn bzw. Aachen zu fahren. Das ist ein sehr großer Zeitaufwand. Wir sind da überfordert. Daher sind wir froh, dass wir weitere Leute bekommen und weitere Module entwickelt werden können.

Wir wollen einen Schwerpunkt zum Beispiel auf das sehr große Themenfeld „israelbezogener Antisemitismus“ setzen. Darum dreht sich sehr viel. Man kann nicht nur über israelbezogenen Antisemitismus sprechen, sondern muss auch über den sogenannten Nahostkonflikt sprechen. Es geht darum, sich mehr inhaltlich damit auseinanderzusetzen. Den Nahostkonflikt kann man heutzutage nicht ohne Antisemitismus denken. Antisemitismus heute kann man umgekehrt nicht ohne Grundlagenwissen über den Nahostkonflikt denken. Das gehört zusammen.

Es ist ein Lernerfolg, wenn Schülerinnen und Schüler, insbesondere aber auch Lehrkräfte verstehen, wie komplex die Situation vor Ort ist. Gegen die Dichotomie, gegen Schwarz-weiß-Denken vorzugehen, ist schon wichtig. Es muss mitgegeben werden, wie viele Akteure vor Ort es und dass es unterschiedliche Interessenlagen gibt etc. Dankenswerterweise wurde schon häufiger angesprochen, dass Diskriminierungserfahrungen von den verschiedensten Gruppen ernst genommen werden müssen. Es darf nicht gegeneinander ausgespielt werden. Man muss sich mehr daran wagen. Es braucht Räume, in denen debattiert werden kann.

Es klang schon ein bisschen an. Ein ganz wichtiges und riesiges Feld ist Medienkompetenz. Social Media: Wir alle können aus unserem Feld davon berichten, wie extrem ist, was dort täglich gepostet wird. Ich bin schon seit einigen Jahren auf diesem Feld tätig, bin aber selbst immer wieder überwältigt zum Beispiel davon, dass zum Beispiel seit Monaten über den Begriff „Genozid“ gesprochen wird. Wir geben auch Seminare

an Universitäten. Die Leute dort sind schon ein bisschen älter. Ich bin häufig fassungslos, dass viele Leute mit dem Begriff nichts anfangen können. Man spürt dann die Verunsicherung. Wir versuchen, Räume zu schaffen, damit man kontrovers an Themen herangehen kann. Das braucht es. Es braucht den Mut, das anzustoßen.

Ein weiterer Aspekt sind Schulbücher; das klang schon an. Ich habe ein Beispiel aus einem Schulbuch mitgebracht. Ich möchte nur zwei Sätze vorlesen. Dieses Schulbuch ist im Umlauf. In dem Buch findet sich der Kasten „Info Antisemitismus“. Der Text beginnt mit: Der Antisemitismus wendet sich gegen Menschen semitischer Herkunft, dazu gehören einige Völker des Nahen Ostens und der arabischen Halbinsel. Häufig bezieht man den Begriff aber nur auf jüdische Personen.

Das steht in einem Schulbuch. Wir haben uns damals bemüht und Kontakt aufgenommen; leider ist das im Sande verlaufen. Daran sieht man aber, dass das Problem schon im Raum ist. Es hat sich vieles verändert, auch zum Positiven, aber auch so etwas gibt es noch. Es geht also in erster Linie darum, bestehendes Material noch einmal zu überprüfen und solche Sachen zu korrigieren und nachzubessern, bevor man noch einen weiteren Schritt geht.

Michael Anger (Albert-Einstein-Gymnasium Düsseldorf): Ich wurde gefragt, wie es derzeit in Lehrpläne implementiert werde. Das gerade genannte Beispiel war ganz gut. Insbesondere bei den beiden Stellungnahmen, wo die Wissenschaft darauf geschaut hat, hat man gesehen, dass ein Bild zu Juden sogar kontraproduktiv wirken kann. Das fand ich sehr interessant. Ich glaube, dass die Expertise fehlt.

Der normale Lehrer, die normale Lehrerin sieht die von Herrn Mohr zitierte Stelle gar nicht kritisch, weil der Background fehlt. Wie ich geschrieben habe, finde ich den 10-Punkte-Plan gut. Ich weiß aber nicht, ob er so in den Schulen angekommen ist. Man kann ihn sich auf der Homepage des MSB anschauen.

Ich habe beispielsweise einen verpflichtenden pädagogischen Tag zu dem Themenkomplex an allen Schulen vorgeschlagen. Genauso wichtig wie Digitalisierung – auch da gibt es verpflichtend einen pädagogischen Tag – ist dieses Thema, weil es ein Thema ist, das die Gesellschaft spalten kann. Daher wäre es hilfreich, wenn das MSB bereits bekannte Papiere – es gab sie schon; sie sind nach dem 7. Oktober neu aufgerollt worden – wieder aufgreifen würde. Das greift allerdings trotzdem zu kurz, weil das Expertenwissen eventuell nur in Geschichts- oder Politikfachschaften ankommt. Sobald es aber um Sprache geht und antisemitische Begriffe im Unterricht genannt werden und man sich dessen gar nicht bewusst ist, greift es zu kurz.

Ich bin ja auch Schulleiter und will nicht bei der Kritik enden, dass es nur die Lehrkräfte nicht draufhaben. Es geht auch um die Frage, was in der Gesellschaft, in den Elternhäusern los ist. Wie kommen wir an die Eltern heran? Dort wird das Thema verfestigt. Es ist ein Abbild der Gesellschaft, was die Schülerschaft von zu Hause mitbringt. Für Schule ist der ganz schwierige Punkt, wie Erziehungsmuster erreicht werden können, die von zu Hause mitgegeben werden. Das ist ein großes Thema, das weit über Schule hinausgeht. Dennoch muss Schule dazu befähigt werden, da anzusetzen.

Frau Weisband sagte, es müsse mehr Zeit in das Thema investiert werden. Ich habe auch schon eine öffentliche Schule geleitet und würde sagen, dass ungefähr ab Klasse 9 einmal über den Holocaust gesprochen werden darf. Vorher sieht der Lehrplan keine Behandlung des Themengebiets vor. Es gibt dann eine Unterrichtsreihe. Diese ist aber nicht nachhaltig.

Eine Schule, die das Siegel „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ trägt, hat 10.000 Unterschriften gesammelt – für egal welche Migrationshintergründe. Ich nehme aber an, nicht für 10.000 Juden. Das Thema „Antirassismus“ zielt immer am Themenkomplex „Judentum“ vorbei. Das sieht man auch in der Gesellschaft. Wenn eine Demonstration gegen die AfD im weitesten Sinne stattfindet, gibt es eine hohe Beteiligung. Wenn es eine Demonstration für die Unterstützung des Staates Israel gibt, sind die Mengen deutlich geringer.

Prof. Dr. Karim Fereidooni (Ruhr-Universität Bochum): Social Media ist sowohl ein Empowerment-Raum für viele jüdische, muslimische, schwarze Schüler*innen als auch ein Ort der Radikalisierung. Ich möchte Social Media nicht verteufeln. TikTok, Instagram und Co. sind häufig Räume, in denen Repräsentanz von Menschen stattfindet, die im linearen Fernsehen oder in Printmedien nicht zu finden sind. Deswegen kommt es darauf an, wie man damit umgeht und wie man diese Maschinerie füttert.

An der Ruhr-Universität Bochum haben wir in meinem Arbeitsbereich kontinuierlich Seminare zum Thema „Fake News“. Es geht beispielsweise um Fake News in Bezug auf Antisemitismus bei Coronademonstrationen. Wir entwickeln im Klein-Klein ein Semester lang Unterricht, und Schulen aus dem Ruhrgebiet besuchen uns dann. Die Studierenden machen dann Unterricht mit den Schüler*innen. Solche Formate werden benötigt. Lehrkräften muss beigebracht werden, wie man all diese Dinge didaktisieren kann.

Wir greifen beispielsweise antisemitische TikTok-Videos im Unterricht auf. Solche Werkzeuge brauchen die Lehrkräfte als Blaupause, um in den Schulen in der Fachschaft – ob Geschichte, Politik oder andere; aus meiner Sicht ist Demokratiebildung ein überfachliches Konzept – diese Dinge zu thematisieren. Solche fachdidaktischen Seminare finden nach wie vor zu selten statt.

Eine Lösungsmöglichkeit. Fachdidaktiker*innen und Bildungswissenschaftlern*innen überall in Nordrhein-Westfalen, die in der Lehrer*innenausbildung tätig sind – das steht im LABG, im Lehrausbildungsgesetz –, müssen inklusionsspezifische Anteile – CP – vorhalten, um Lehrkräfte in Bezug auf Inklusion auszubilden. Man könnte im LABG Umgang mit Menschenfeindlichkeit, Antisemitismus und Rassismuskritik einführen, damit wir in der ersten Phase der Lehrer*innenbildung gezwungen sind, uns damit auseinanderzusetzen. Auf Freiwilligkeit zu setzen ist in diesem Kontext sehr schwierig.

Die Figur des Juden im Schulbuch. Wir haben drei Jahre lang Unterricht beobachtet. Ich möchte auf die Limitationen unserer Studie eingehen. Unsere Studie ist nicht repräsentativ. Wir haben Unterricht in unterschiedlichen Fächern in einigen Klassen beobachtet. Bei qualitativen Studien, für die beobachtet wird oder Interviews geführt werden, geht

es aber gar nicht um eine Repräsentativität, sondern um die Herausarbeitung von Tiefenstrukturen. Qualitative und quantitative Forschung ergänzen sich also eigentlich.

Wir konnten herausfinden, dass, wenn jüdische Menschen oder das Judentum überhaupt im Schulbuch vorkommen – da hat sich viel geändert; auch ich bin dieser Meinung –, es häufig in konfliktbehafteten Situationen der Fall ist. Häufig ist das im Kontext der Kreuzzüge, des Nahostkonflikts und des Holocausts der Fall. Ganz normales jüdisches Leben kommt im Schulbuch genauso wenig vor wie ganz normales muslimisches Leben. Das haben wir untersucht. Dafür gibt es ganz viele unterschiedliche Befunde.

Wenn bei der Bildung angefangen wird, ist es also nicht nur eine Maßnahme, sondern es sind viele unterschiedliche Maßnahmen. Die Implementierung ins LABG könnte dazu führen, dass wir uns verändern müssen.

Eben wurde außerdem das Stichwort „außerschulische Lernorte“ genannt. Ich war sechs Jahre lang Deutsch- und Sozialwissenschaftslehrer und kenne die Schule nicht nur als Wissenschaftler. Man hat keine Zeit, mit außerschulischen Lernorten zu kooperieren. Wenn Personen als Lehrkraft tätig waren, wissen sie das. In der Unter- und Mittelstufe hatte ich 32 Schüler*innen. Wie will man diesen in 45 Minuten demokratische Kompetenzen beibringen, wenn man im Turnus gefangen ist, alle sechs Wochen Klassenarbeiten schreiben zu müssen? In der Oberstufe hat man erst recht keine Zeit, weil man die Schüler*innen auf das Abitur vorbereiten muss. Daher fand ich die Argumente von Frau Weisband sehr sinnvoll. Man kann in der Schule keine Verschlimm-besserung brauchen.

Einmal rief mich ein Schulleiter an und sagte, es werde ganz schnell Hilfe benötigt. Ganz schnelle Hilfe gibt es in der Bildung aber nicht. Alles hängt mit allem zusammen. Das Schulsystem ist weder darauf angelegt, dass Lehrkräfte, noch darauf, dass Schüler*innen gerne zur Schule gehen. Das hat nicht nur etwas mit Rassismus und Antisemitismus zu tun, sondern mit individueller Förderung, die sowieso nicht betrieben werden kann.

In unserer Studie konnten wir herausarbeiten, dass Lehrkräfte, auch wenn sie demokratische Parteien wählen und nicht antisemitisch sein wollen, im Unterricht, wenn es um jüdisches Leben geht, manchmal Fragen wie die folgende stellen: Kann man jüdisches Blut haben? – Diese Frage wurde in einem Unterricht gestellt, den wir beobachtet haben. Schüler antworteten: Ja, durch Familie. – Die Lehrkraft sagte daraufhin nichts. Dann bleibt stehen: jüdisches Blut. – Das hatten wir schon einmal. Das sind genetische Unterschiede zwischen Menschen; das ist Rassekonstruktion. Es geht also nicht nur darum, was die Lehrkräfte sagen, sondern auch darum, was sie nicht machen, weil sie nicht genug ausgebildet sind.

Deswegen könnte die LABG-Änderung dazu führen, Demokratiekompetenzen breitflächig in der Schule zu verankern.

Zum Thema „israelbezogener Antisemitismus“. Ich berufe mich auf die repräsentative SVR-Studie, also die des Sachverständigenrats für Integration und Migration in Deutschland, von 2022 mit 15.000 Menschen, und zwar welchen mit Migrationshintergrund, welchen mit türkischem Migrationshintergrund, Spätaussiedler*innen, Menschen

aus dem EU-Ausland und welchen aus der übrigen Welt. Es wurde geschaut, wie dort antisemitismusrelevante Wissensbestände verankert sind.

In Bezug auf israelbezogenen Antisemitismus rangiert die Zustimmung zu der Aussage „Israel hat den Palästinensern das Land gestohlen“ bei Menschen ohne Migrationshintergrund bei 36,6 %. Es geht also nicht um rechtsextreme Personen, deren Anteil auch gestiegen ist; das wissen wir seit der Mitte-Studie. 8 % der deutschen Gesellschaft besitzen geschlossen rechtsextreme Weltbilder. Bei den türkeistämmigen Personen stimmten der vorgenannten Aussage in der Studie über 70 % zu. Damit will ich nicht sagen, dass Antisemitismus in muslimischen Gemeinden nicht vorkommt. Natürlich braucht es gesamtgesellschaftliche Strategien, und natürlich kommt Antisemitismus bei muslimischen Menschen vor.

Dabei spielen drei Parameter eine Rolle. Erstens ist es das Alter. Je älter die Personen sind, desto stärker reproduzieren sie Antisemitismus. Menschen, die nicht in Deutschland beschult worden sind, die also primär im Ausland sozialisiert wurden, reproduzieren Antisemitismus stärker. Zweitens spielt Religiosität eine Rolle. Je religiöser die Menschen sind – unabhängig vom Islam, auch in Bezug auf das Christentum –, desto stärker reproduzieren sie Antisemitismus. Es gibt dazu gute Forschungsbefunde.

Meinen letzten Satz habe ich zu Politiker*innen schon sehr oft gesagt. Nehmen Sie es mir nicht übel. Es gibt kein Erkenntnisdefizit. Seit vierzig Jahren wird dazu geforscht. Dabei kommen wir eigentlich immer zu denselben Ergebnissen, nämlich, dass die Probleme groß sind. Wir haben kein Erkenntnisdefizit, wir haben ein Umsetzungsdefizit.

Judith Neuwald-Tasbach (Jüdische Gemeinde Gelsenkirchen): Zuerst einmal stimme ich all meinen Vorrednern zu. All das liegt auch mir am Herzen. Bei uns haben wir festgestellt, dass die Kinder, je jünger sie sind, wenn sie zu Führungen zu uns in die Synagoge kommen, desto mehr versuchen, die Gemeinsamkeiten zu entdecken. Das ist wirklich ganz auffällig. Ihnen fallen dann Dinge auf, wie die Ausrichtung nach Osten oder dass auch kein Schweinefleisch gegessen werden darf. Je älter die Jugendlichen sind, desto mehr sind Vorurteile verfestigt.

Trotzdem habe ich oft den Eindruck, dass man die Kinder und Jugendlichen erreichen kann. Sie kommen aus der Synagoge und haben festgestellt, dass es doch ganz anders ist, als sie dachten. Dann kommen sie aber zurück in ihre andere Welt. Sie leben dann sozusagen kurz in unserer Welt, wo sie einen kleinen Einblick in die Realität bekommen, und gehen dann zurück nach Hause, vor den Sender Al Jazeera, in die Moscheegemeinden und in radikale Freundeskreise. Dort hören sie wieder, wie schrecklich all das ist. Damit ist jeder Erfolg, den wir erzielt haben, zerstört.

Social Media ist ein großes Problem. Ich bin schon von einem Schüler gefragt worden, ob es stimmen würde, dass Israel KZs für palästinensische Kinder eingerichtet habe; dies habe er auf TikTok gesehen. Ich bin total entsetzt, dass so etwas dort gesagt wird. Dagegen kommen wir nicht an, auch wenn ich antworte, das stimme nicht. Die Kinder, Jugendlichen und ihre Eltern lesen keine Tageszeitung und schauen keine Nachrichten, sondern leben in ihrer eigenen Welt, die ganz anders ist als unsere gemeinsame Welt.

Deshalb bin ich so sehr dafür, dass man ganz großen Wert darauf legt, die Eltern in den schulischen Erfolg einzubeziehen. Die Schule kann tausendmal versuchen, den Kindern Tatsachen zu sagen und sie dazu animieren, jüdisches Leben zu akzeptieren. Zu Hause ist dann aber alles anders. Deshalb muss ganz dringend versucht werden, die Eltern zu erreichen. Es reicht nicht, nur den Kindern etwas zu erzählen. Die Lehrer müssen dafür sensibilisiert und dazu befähigt werden.

Antisemitismus ist in unserer Gesellschaft nichts Neues, und immer wieder gibt es Versuche, etwas dagegen zu tun, aber jetzt ist der Zeitpunkt gekommen, wo man etwas tun muss. Auch im schulischen Bereich muss noch viel mehr als bisher getan werden. Die Lehrer müssen die Fähigkeit bekommen, den Stoff zeitgerecht zu vermitteln und auch die Eltern zu erreichen.

Einmal hat ein Schüler bei einer Führung bei uns ein T-Shirt mit der Zahl 88 darauf getragen. Der Lehrer hat nichts dazu gesagt und wusste gar nicht, dass das „Heil Hitler“ heißt. Wenn es um die Formen des Antisemitismus geht, muss man relativ viel wissen. Dieses Wissen ist in der Schule nicht immer gegeben. Deswegen können die Lehrer gar nicht angemessen reagieren. Wenn ein Schüler ein solches T-Shirt trägt, dann tragen nachher noch mehr Kinder ein solches T-Shirt, weil sie sehen, dass es kein Problem ist, so etwas zu tragen. Die Unwissenheit der Leute dazu, was Antisemitismus wirklich ist, macht mir Sorgen.

Heike Joerß (Walter-Eucken-Berufskolleg): Wir alle sind uns wohl einig, dass es eine ganz große Aufgabe ist, die ganz schwer zu bewältigen ist.

Frau Müller-Rech, Sie fragten, wie wir in der Schule handhabten, was auf Social Media und in den Familien passiert. Es reicht nicht aus, Unterrichtsreihen zu machen, in denen informiert wird. Die jüngsten Schülerinnen und Schüler bei uns sind 16 Jahre alt. Sie werden damit nicht erreicht. Man kann es ihnen erzählen, und sie lernen es für eine Klausur auch auswendig, es kommt aber nicht bei ihnen persönlich an.

Im Schulalltag beobachte ich, dass es über Beziehungsarbeit funktioniert. Es ist Zeit nötig, um eine Beziehung zu den Schülerinnen und Schülern aufzubauen. Dann trauen sich die Schülerinnen und Schüler, mit uns zu sprechen, uns Dinge zu erzählen, die sie zu Hause erleben. Sie müssen wissen, dass sie keine Angst haben müssen, wenn Sie uns die Dinge erzählen. Dann kann man die Dinge gemeinsam bearbeiten. Das ist der einzige Weg, um zu vernünftigen Ergebnissen zu kommen.

Viele Dinge können auch von außen in die Schulen hineingetragen werden. Vor Kurzem war ein Polizist aus Düsseldorf in unserer Schule, der Vorträge zum Thema „Hate Speech“ gehalten hat. Das war hervorragend. Die Schüler waren beeindruckt, erschüttert und haben die Dinge plötzlich ganz anders gesehen. Solche Erlebnisse sind in Schulen nötig.

Natürlich fehlt es da teilweise an der Ausbildung der Lehrkräfte und an Zeit. Zeit dafür ist nicht da. Es sind Sternstunden, wenn eine Kollegin oder ein Kollege mir erzählt, dass er oder sie gerade eine ganz tolle Stunde hatten, sich darüber unterhalten wurde und die Schüler einen ganz großen Schritt gemacht haben. Natürlich gehen sie wieder zurück nach Hause und erleben Dinge, die sie über Social Media erfahren. Es ist eine

mühselige und kleinschrittige Arbeit, bei der man nicht aufgeben darf und immer weiter arbeiten muss.

Vorsitzender Florian Braun: Ich sehe, dass Frau Dr. Platt nun zugeschaltet ist.

Dr. Kristin Platt (Ruhr-Universität Bochum): Ich danke für die Einladung. Es tut mir leid, dass ich nicht vor Ort bin. Ich wäre gerne gekommen, aber eine Bronchitis hat mich umgehauen.

Vorsitzender Florian Braun: Ich schlage vor, dass Frau Busche und Frau Besche-Krastl ihre Fragen, die sie gestellt haben, als Sie gerade nicht zugeschaltet waren, noch einmal wiederholen.

Andrea Busche (SPD): Ich hatte gefragt, wie das Schulcurriculum gestaltet werden sollte, um Themen wie Antisemitismus, Rassismus und Diskriminierung an Schulen angemessen zu behandeln – neben der Ausbildung der Lehrerinnen und Lehrer.

Ina Besche-Krastl (GRÜNE): Insbesondere bezogen auf das Unterrichtsmaterial erfährt die Figur des Jüdischen eine ahistorische und überhistorische Verstetigung. Könnten Sie ausführen, woran das liegt und wie im Unterricht vorzugehen ist, damit das nicht weiter geschieht?

Dr. Kristin Platt (Ruhr-Universität Bochum): Die ersten beiden Fragen, also die nach der ausreichenden Präventionsfunktion der Schule und der Selbstwirksamkeit, würde ich mitbeantworten.

Im Moment melden Lehrerinnen und Lehrer eine große Handlungs- und Sprechunsicherheit zurück. Sie fragen, was sie sagen dürfen und was wie gesagt werden soll.

Zur Irritation in Bezug auf die Materialien, auch in Bezug auf die alten Unterrichtsmethoden, also Gedenkstättenfahrten. Was macht man, wenn plötzlich die Hälfte der Schülerinnen und Schüler nicht an der Gedenkstättenfahrt teilnimmt? Es kommt natürlich zu Enttäuschungen, weil die Angebote nicht angenommen werden. Auch das gehört im Moment zum Lehrkräftedasein und führt zu sehr viel Anfragen an uns, dass wir in die Schulen kommen und Unterricht über Nationalsozialismus machen sollen.

Es gibt vier ganz typische Anfragen, und zwar erstens: Wie erkläre ich den Nahostkonflikt? – Da geht es also um Sachkompetenz. Man fühlt sich nicht sachkompetent genug.

Die zweite Frage ist: Wie soll ich zwischen unterschiedlichen Meinungen vermitteln? – Interessant ist, dass als Aufgabe des schulischen Unterrichts die Meinungsvermittlung und -bildung sehr ernst genommen wird.

Man hört oft: Wir wollen doch alle Frieden, ein friedliches Miteinander. Warum komme ich auf der Gefühlsebene, auf der Empathieebene im Unterricht nicht weiter?

Hinzu kommt, dass nicht klar genug gesehen wird, dass die Lehrer in einer Wissenskonkurrenz zu Social Media stehen. Sie können in diese Wissenskonkurrenz aber nicht treten. Das funktioniert nicht. Das ist eine wirklich sehr schwierige Ausgangsposition. Die Social-Media-Informationen sind von vornherein auf eine Untergrabung der Lehrautorität aus. Sie sind also darauf aus, einen Bruch zwischen Lehrkraft und Schülerinnen und Schülern bzw. die soziale Situation in der Schule hineinzutragen. Es ist sehr schwierig, diese Spaltung zu verstehen und darauf zu reagieren.

Die vierte Frage, die von Lehrkräften an uns herangetragen wird, ist: Ab wann muss ich einen Schüler melden? – Es geht also um die Grenze, um eine systematische Auffälligkeit, dass also eine Schülerin oder ein Schüler organisiert ist, dahinter zum Beispiel eine rechtspopulistische Vereinigung oder eine bestimmte Gruppe im Internet steht.

Die Selbstwirksamkeit wird von Lehrkräften derzeit sehr kritisch gesehen. Das liegt vielleicht wirklich daran, dass die alte Methode Empathie, eine Übereinkunft in der gemeinsamen Arbeit nicht mehr funktioniert und man vielleicht auch nicht gesehen hat, dass das nicht nur eine Errungenschaft deutscher Erinnerungspolitik und einer demokratischen Kultur ist, sondern auch einer Versöhnungsbereitschaft der jüdischen Überlebenden. Das ist einfach übersehen worden. Es ist ein Problem, dass nicht mitgedacht wird, dass diese Form von Empathie, von emotionaler Annäherung heutzutage heute nicht funktioniert. Das ist insbesondere deswegen nicht der Fall, weil Emotionen Träger der politischen Aussagen sind. Es ist ganz wesentlich, diese emotionale Ebene zu sehen.

Da ist die ganz wichtige Frage die nach dem Schulcurriculum. Es muss sehr intensiv auf dritten Wegen gearbeitet werden, ohne aus dem Jüdischen eine Lehrformel zu machen. Bisher fehlt es in der Schule daran, dass über die Konzepte gesprochen wird: Was ist Relativierung? Es geht um die Relativierung des Holocaust und darum, warum die Emotion sehr stark ist. Was bedeuten politische Botschaften? Wie erkennt man Ideologeme? Es muss in der Schule über politische Ideologien sowie über Ideologien in Social Media gelehrt werden. Ganz wesentlich ist aber, welche Formen von Relativierung es gibt. Das ist auch nötig, um die Figur des Jüdischen zu entlasten und sie in die Gegenwart zu holen. Es geht darum, von der Aufgabe, nur ein moralisches Warnsignal für die Vergangenheit zu sein, zu entbinden.

Ben Salomo (*per Video zugeschaltet*): Es ging darum, was sich in den Köpfen der Jugendlichen abspielt, wenn sie nach Hause gehen. Es geht natürlich auch darum, was in den Elternhäusern besprochen wird. Wir stellen aber doch auch fest, dass sich die Schülerinnen und Schüler sehr viel in den sozialen Netzwerken aufhalten. Leider hat sich genau dort ein beinahe rechtsfreier Raum entwickelt, sehr viel Antisemitismus wird in Kommentarspalten artikuliert.

Das Schlimme ist, dass sich in den sozialen Netzwerken in den letzten Jahren bestimmte Influencer breitgemacht haben, die Halbwahrheiten, Lügen und Gerüchte oder gar Fake News über Juden und Israel verbreiten. Des Problems mit dem Antisemitismus wird man nicht habhaft, wenn nur das Gegenmittel geliefert wird, indem man

Schülerinnen und Schüler aufklärt, ohne die toxischen Informationen, die Lügen und Gerüchte, die zu antisemitischem Denken führen, zu kappen.

Wenn man nicht in der Lage ist, Kanäle wie Al Jazeera oder TRT, ein antisemitischer Staatspropagandasender aus der Türkei, in Deutschland nicht mehr empfangbar zu machen, wie man es etwa mit Russia Today gemacht hat – offensichtlich geht es, wenn man es will –, müssen die Schülerinnen und Schüler zumindest so früh wie möglich – das geht schon ab dem Zeitpunkt, an dem sie ihr erstes Smartphone in die Hand bekommen – medienkompetent gemacht und sie dahin gehend gebildet werden. Sie müssen sofort lernen, bei TikTok oder Instagram immer skeptisch zu sein, wenn dort irgendwelche Influencer Infos, Bilder und verkürzte Videos ohne Quellenangaben teilen. Erst recht muss man sie gegenüber Fernsehsendern, die aus nichtdemokratischen, sondern autokratischen, gar faschistischen Staaten kommen, – in Führungszeichen – immunisieren, damit sie diesen Sendern große Skepsis entgegenbringen.

Lehrerinnen und Lehrer sagen mir, dass gerade Fächer wie Medienkompetenz immer weiter reduziert wurden. Das ist ein riesiger Fehler, weil gerade in dieser Zeit, in der wir uns befinden, in der ganz normale Leute, die sich vorher gar nicht besonders damit beschäftigt haben, Bilder durch KI faken. Es können Aussagen von Politikern, Stimmen usw. gefaked werden. Es ist sehr wichtig, dass mehr Medienkompetenz in die Schulen gebracht wird.

Das führt mich zurück auf eine wahre Aussage von Frau Weisband. Das Schulmaterial muss ein bisschen ausgemistet werden. Schülerinnen und Schülern werden Dinge vermittelt, die heutzutage nicht mehr so relevant sind. Da muss ausgemistet und es müssen Räume und Zeit für eine ordentliche Bereitstellung von Informationen dazu, was Antisemitismus überhaupt ist, geschaffen werden.

Da ist sehr wichtig, dass man die IHRA-Antisemitismusdefinition endlich implementiert. Im Bundestag wurde per Resolution zugestimmt. Sie wurde übernommen. Die meisten demokratischen Länder der Welt haben sie übernommen. Die Lehrer müssen sie kennenlernen, sie müssen wissen, wie sie sie anwenden. So können diese Dinge hoffentlich nachhaltig vermittelt und Räume geschaffen werden.

Man muss wegkommen von der Perspektive, dass der Nahostkonflikt sich automatisch auf den Konflikt zwischen Israel und Palästina bezieht. In dieser Region gibt es unzählige Konflikte. Es ist der erste Aufbruch, wenn man Leute irritiert, indem man fragt, von welchem Nahostkonflikt eigentlich gesprochen wird. Es gibt den Konflikt zwischen Jemen und Saudi-Arabien, verschiedene Gruppen im Irak, einen zwischen Iran und Saudi-Arabien, Schiiten gegen Sunniten, etwas in Libyen und natürlich auch Israel und Palästina. Das ist aber eben nur einer von vielen. Durch diesen Fokus werden andere Konflikte ausgeblendet. Man kann den doppelten Standard gegenüber Israel so hoffentlich langsam loswerden. Dann kann man diese Region ohne doppelten Standard betrachten und andere Regionen nicht ausblenden. So kann man diesen Nahostkomplex so vermitteln, dass die Leute die Komplexität und die nicht vorhandene Einseitigkeit in dem Komplex lernen und wahrnehmen, sodass sie nicht denken, es sei wie ein Fußballspiel und man unterstütze entweder die eine oder die andere Gruppe. Genau das muss den Jugendlichen vermittelt werden.

Übrigens sind nicht nur Jugendliche, sondern auch Lehrer oft in einem Schwarz-Weiß-/Gut-Böse-Denken gefangen.

Vielleicht sollte man externe Experten intensiver in den schulischen Alltag einbinden. Zum Beispiel lädt man mich an eine Schule ein und stellt fest, dass es Schülerinnen und Schüler gibt, die offenbar die Hamas und Hisbollah ganz toll finden. Ein paar Lehrer wissen dann nicht wirklich, was zu tun ist. Es fehlt ihnen Wissen, wie sie den Jugendlichen vermitteln können, dass Hamas und Hisbollah sehr wohl ein Problem darstellen. Man könnte doch dann ein paar Wochen nach Ben Salomo beispielsweise Burak Yilmaz an die Schule einladen. Er kommt aus der muslimischen Community, ist jemand, der akzeptiert und als muslimisch gelesen wird. Es gibt eine Identifikationsfläche. Er vermittelt das dann noch einmal tiefgründig und nachhaltig.

Wenn ich in den neuen Bundesländern bin, finden vielleicht irgendwelche Jugendliche die AfD ganz toll. Dann sollte, nachdem ich da war und das aufgerüttelt wurde, Philip Schlaffer an die Schule eingeladen werden. Er ist ehemaliger Rechtsextremist und kann die Jugendlichen wegen seiner persönlichen Erfahrung da abholen, wo sie selber eine gewisse Identifikationsfläche empfinden. Natürlich bräuchte es mehrere solcher Experten in allen Bundesländern. Vielleicht könnte man jeden Jahrgang zu demokratiekompetenten, medienkompetenten, antisemitismuskritischen und rassismuskritischen Jugendlichen schulen und erziehen. Wir werden nie alle erreichen, aber es wäre schon ein großer Gewinn, wenn ein großer Teil erreicht würde. Das muss unbedingt versucht werden, sonst hat jüdisches Leben und kurz darauf auch die liberale Demokratie in Deutschland keine Chance.

Franziska Müller-Rech (FDP): Meine dritte Frage richtet sich an Herrn Anger, Herrn Mohr und Herrn Salomo. Ich greife etwas auf, was Sie in der ersten Runde angesprochen haben. Herr Anger, Sie haben auch in Ihrer Stellungnahme etwas dazu geschrieben. Es geht um die schulgesetzliche Verankerung von Ordnungsmaßnahmen. In der ersten Runde habe ich herausgehört, dass die Ordnungsmaßnahmen, die an den Schulen eingesetzt werden, Verbesserungspotenzial haben, um es vorsichtig auszudrücken.

Was sind Ihre Vorschläge, wie man konkret gegen antisemitische Vorfälle an den Schulen vorgeht? Was sind geeignete Ordnungsmaßnahmen? Welche Leitlinie wünschen Sie sich für die gezielte Umsetzung solcher Ordnungsmaßnahmen in den Schulen?

Andrea Stullich (CDU): Meine Frage richtet sich an Frau Joerß, Herrn Mohr und Herrn Anger. Frau Joerß, Sie haben vorhin das Thema „Prävention“ und die Gefahren, die von Social Media ausgehen, angesprochen und in diesem Zusammenhang von der wichtigen Beziehungsarbeit an Schulen gesprochen. Sie haben darauf hingewiesen, wie erkenntnisreich zum Beispiel Angebote zum Umgang mit Hate Speech an Ihrer Schule seien.

Unsere Landesmedienanstalt in Düsseldorf bietet dazu einige Bildungsangebote und auch Angebote für mehr Medienkompetenz an. Zum Beispiel gibt es in Nordrhein-Westfalen mittlerweile mehr als 6.000 Medienscouts an den weiterführenden Schulen.

Das sind speziell geschulte Schülerinnen und Schüler, die ihren Mitschülerinnen und Mitschülern auf Augenhöhe vermitteln, was sie über Medien wissen müssen. Sie werden dabei von entsprechend ausgebildeten Beratungslehrern und -lehrerinnen begleitet und unterstützt. Das ist also ein klassischer Peer-Education-Ansatz, der sich an den Problemen der Jugendlichen orientiert und der übrigens auch vom Ministerium unterstützt wird.

Können Sie sich vorstellen, dass die Medienscouts auch das Thema „Umgang mit Antisemitismus und Rassismus im Netz“ aufgreifen und dafür vielleicht noch speziell geschult werden? Oder sind Jugendliche, die dieses Thema auf Augenhöhe vermitteln sollen, damit möglicherweise überfordert?

Andrea Busche (SPD): Meine Frage geht an Professor Fereidooni, Herrn Mohr und Frau Shcherbatova. Wir haben nun ganz viel dazu gehört, dass eine Verschlimmberung nicht hilft und Zeit notwendig ist. Man muss das Problem grundsätzlich angehen. Können Sie Beispiele nennen, wo Schulen erfolgreich etwas implementiert haben – vielleicht auch mit Projektcharakter, wo Zeit notwendig ist?

Gönül Eğlence (GRÜNE): Meine Frage geht an Herrn Professor Fereidooni, Frau Joerß und Frau Weisband. Herr Salomo hat vorhin schon ein paar Vorschläge gemacht. Herr Professor Fereidooni, in Ihrer Studie haben Sie das Thema „Einwanderungsgesellschaft“ aufgegriffen. Auch hier wurden Menschen mit und ohne Migrationshintergrund etc. thematisiert. Wenn ich Sie alle richtig verstanden habe, bedeutet das, dass durchaus unterstellt wird, dass es unterschiedliche Ursachen und Motive für den jeweiligen Antisemitismus gibt. Aus den Handlungsempfehlungen habe ich aber nicht herauslesen können, was Sie konkret vorschlagen, wie Lehrkräfte, Schulleitungen und Schulen insgesamt damit umgehen können. Deshalb habe ich die Frage auch an Frau Joerß gerichtet.

Sebastian Mohr (SABRA): Auf die Ordnungsmaßnahmen kann Herr Anger wahrscheinlich noch detaillierter eingehen. Seit zwei Jahren gibt es die Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus, RIAS NRW. SABRA arbeitet sehr eng mit RIAS NRW zusammen. Der Bekanntheitsgrad von RIAS NRW stellt immer noch ein Problem dar. Antisemitische Vorfälle können dort anonymisiert gemeldet werden. Das ist wichtig, um eine gewisse Angst zu nehmen. Es werden also nicht Leute an den Pranger gestellt, sondern es geht darum, das Dunkelfeld zu erhellen. „Das Dunkelfeld erhellen“ hört man häufig. Es ist aber wichtig. Letztendlich geht es darum, gewisse Hürden abzubauen.

Es gibt auch Gespräche darüber, ob es zum Beispiel einen Meldebutton geben sollte und ob das Schulministerium eine Rundmail schreibt, in der darauf eingegangen wird, dass antisemitische Vorfälle nicht nur gemeldet werden sollten, sondern gemeldet werden müssten.

Zu den Medienscouts. Es wurde gesagt, dass es 6.000 gebe. Das ist eine große Anzahl. Man müsste einmal durchrechnen, was das konkret bedeutet. Wahrscheinlich

würde es Monate dauern, die Medienscouts zu schulen. Das ist eine wichtige Einrichtung.

Wir als SABRA haben einen Dokumentarfilm namens „8x2 Jüdische Perspektiven“ gedreht, in dem es darum geht, gegenwärtiges Leben von Jüdinnen und Juden in NRW sichtbar zu machen. Es ist auf verschiedene Episoden heruntergebrochen. Man kann das auch über unseren virtuellen Methodenkoffer gegen Antisemitismus MALMAD im Schulunterricht anbringen. Die Angebote sind schon vorhanden. Sie sind kostenlos. Man kann sie anbieten.

Wir befinden uns in Trägerschaft der jüdischen Gemeinde in Düsseldorf. Wir wollen jüdische Perspektiven aufzeigen. Was macht das jüdische Leben aus? Es klingt schon häufiger an. Es geht darum, von Antisemitismus wegzukommen. Wir wollen das eigentlich trennen. Es lässt sich aber eben nicht auftrennen. Das ist das Spannungsverhältnis, in dem man sich bewegt.

Für einen wichtigen Punkt halte ich die Frage – das ist bisher untergegangen –, wohin sich Schulen entwickeln sollten, wenn es um das große Themenfeld „Judentum und Antisemitismus vor dem Hintergrund einer Einwanderungsgesellschaft“ geht. Wir haben diesbezüglich bisher wirklich gute Erfahrung gemacht. Perspektivisch muss man dahinkommen, die Perspektiven auf jüdisches Leben in der arabischen Welt zu erweitern, und zwar auf Fluchterfahrungen, aber auch darauf, wie es beispielsweise im zwanzigsten Jahrhundert aussah – von Marokko bis in den Irak und den Iran. Das holt junge Kinder ab, wenn man mit ihnen darüber spricht, wie Bagdad im Jahr 1900 aussah, wenn es um die jüdische Bevölkerung damals geht.

Ich selbst kenne das aus meiner Arbeit zu Marokko. Das ist ein ganz großes Thema. In Marokko gibt es heftige politische Auseinandersetzungen auch um das Thema „Schoah“ und generell über Holocaust Education in der arabischen Welt. Es gibt aber Öffnungen dahin gehend, dass so etwas in Schulbücher einfließt – insbesondere in Staaten wie Libyen oder Ägypten, aus denen viele Familien nach Deutschland gekommen sind. Es geht darum, den Fokus zu weiten. Das wäre natürlich wünschenswert. Ich weiß, dass das ein sehr langer Prozess ist. Es lohnt sich aber, mehr den Fokus darauf zu richten.

Gleichzeitig ist das ein Brückenschlag in die gegenwärtige israelische Gesellschaft. Es ist ein unglaubliches Mosaik an Familiengeschichten, das dort zusammenkommt. Ich denke, es stärkt uns alle, sich mehr mit dieser Thematik auseinanderzusetzen und das in den Schulunterricht zu bringen – wohlwissend, dass man wenig Zeit hat und schon jetzt ganz viel auf Lehrerinnen und Lehrer einprasselt. Es geht aber auch um Prioritätensetzung.

Antisemitismus betrifft natürlich primär Jüdinnen und Juden. Es geht aber eben auch weiter. Es ist ein Angriff auf die offene Gesellschaft. Es ist immens wichtig, sich dieser Thematik dahingehend weiter anzunehmen.

Schulen sind dann erfolgreich, wenn sie Zeit haben. Es geht um Kontinuität. Das ist auch uns wichtig. Wir wollen weg von einzelnen Veranstaltungen mit einem Workshop von wenigen Stunden, und dann sieht man sich nie wieder. Das bringt einfach nichts. Es geht um einen langen Atem.

Ich kann Ihnen auf Anhieb keine Schulen nennen, die gute Sachen machen. Es gibt sie natürlich; es gibt da viele Schulen. Es kommt auf einzelne Personen vor Ort an. Das ist die Erfahrung, die viele gemacht haben. Diese Leute sollte man stärken. Man sollte offensiver damit umgehen, die Leute auch aus der Politik heraus zu stärken. Man sollte auch dahingehend stärken, das, wenn es zu antisemitischen, rassistischen Vorfällen kommt, zu stärken, offensiv auch in der Öffentlichkeit anzugehen. Häufig macht man das nicht, weil man damit nicht in den Medien stehen möchte: Diese Schule hat ein Problem mit Antisemitismus und die anderen nicht. – Man muss das umdrehen. Man muss die Leute dazu befähigen und ihnen vermitteln, dass sie es offen ansprechen und damit offen umgehen sollen und sie dabei Unterstützung bekommen. Es gibt Organisationen, Einzelpersonen, aber auch aus der Politik wäre es gut, wenn da noch eine Stärkung käme.

Zielführend ist immer, sich mit der Geschichte vor Ort auseinanderzusetzen. Man sollte also nicht in die Ferne schweifen, sondern konkret schauen, was passiert ist. Die Mahn- und Gedenkstätte hier in Düsseldorf ist ein wunderbares Beispiel. Es gibt sehr viele Dinge, die da gut zusammenlaufen.

Wir haben auch gute Beispiele etwa aus Ostwestfalen gesammelt. Dort hat man in kleineren Städten Schülerinnen und Schüler quasi einfach ins Feld geschickt und Spuren zum Thema „jüdisches Leben“, aber auch zu Antisemitismus und dazu, wie es früher war, sichtbar gemacht. Es geht also darum, sich mit seiner eigenen Biografie auseinandersetzen zu können. Es gibt irrsinnig viele Anknüpfungspunkte, aber ein Faktor ist auch, welche Priorität dem Thema zugestanden wird.

Michael Anger (Albert-Einstein-Gymnasium Düsseldorf): Ich gehe auf die schuldrechtliche Fragestellung nach Ordnungsmaßnahmen gemäß § 53 Schulgesetz ein. In meiner Stellungnahme habe ich dazu geschrieben, das Schulgesetz müsse insgesamt betrachtet werden, weil es in einer anderen Zeit geschrieben wurde. Wir befinden uns in einer Zeit mit Kriegen und extremistischen Tendenzen in einer demokratischen Gesellschaft wie der Bundesrepublik. Das Schulgesetz muss darauf eine Antwort geben.

Im Moment ist es folgendermaßen. Wenn man sich als Schülerin oder Schüler demokratiefeindlich äußert, wird man ermahnt und ein pädagogisches Gespräch wird geführt. Vielleicht wird auch direkt zu einer Ordnungsmaßnahme, nämlich dem sogenannten Verweis, gegriffen. Das bedeutet nicht, dass man die Schule verlassen muss, sondern es ist ein erster Tadel. Danach muss man das Gleiche noch einmal machen, dann geht es eine Stufe höher. Danach muss man das noch einmal machen, aber es muss schon quasi mit einem Messer auf Mitschüler losgegangen worden sein, damit die Androhung der Entlassung rechtskräftig ausgesprochen werden kann. Erst danach verlässt diese Schülerin oder dieser Schüler – häufig sind es in dem Bereich Schüler – die Schule.

Außerdem besteht das Problem, dass jegliches Verfahren schulisch abgehandelt wird. Wir sind Pädagogen, keine Juristen. Ein findiger Jurist wird also einen Verfahrensfehler finden. Dann verbleibt der Schüler an der Schule. Es braucht einen Ordnungsmaßnahmenkatalog, den Experten formulieren und der explizit zum Beispiel antidemokratische Aspekte aufgreift; Stichwort: antisemitische Straftaten. Es sollte eine Verpflichtung der

Schulleitung geben, das zur Anzeige zu bringen. Das ist aufwendig. Als Schulleitung geht man vielleicht den einfacheren Weg, es nicht zu melden, weil man befürchtet, am nächsten Tag ein umfangreiches Protokoll ausfüllen zu müssen.

Ich wünsche mir also – RIAS NRW ist mir bekannt – eine einfache Meldestelle, damit das MSB die wirkliche Zahl der Fälle kennt, ohne dass dadurch ein Arbeitsaufwand an der Schule generiert wird, sowie gleichzeitig einen sehr klaren Text im Schulgesetz, sodass beispielsweise bei einer Wiederholungstäterschaft die Schule verlassen werden muss. Dadurch würden bestimmte Menschen, die an einer Schule ja auch eine Stimmung generieren, zumindest aus der Schulgemeinde ausgeschlossen und dann – leider – an eine andere Schule verwiesen werden. Damit würden Strukturen an Schulen aufgebrochen.

Dadurch erhielte man auch die Möglichkeit, in einer Stadt, an einem Ort einen Schwerpunkt auszumachen und mehr Hilfe durch die örtliche Politik, Ordnungshüter oder Präventionsworkshops in den Schulen folgen zu lassen. Es geht darum, gezielt dort aktiv zu werden, wo es virulent ist.

Generell ist das aber ein ganz schwieriges Thema, weil es in Richtung einer Änderung der Gerichtsbarkeit geht. Der Justizminister hat uns freundlicherweise an der Schule besucht. Wir haben uns mit ihm darüber unterhalten, was Meinungsfreiheit ist, wo sie endet und welche Parolen auf Demonstrationen nicht mehr zulässig und strafbar sind. Das ist ausgesprochen komplex. Deshalb überfordert das Schulleitungen und Lehrkräfte. Es geht also darum, zumindest etwas mehr Klarheit zu schaffen und Unterstützung durch die jeweilige Bezirksregierung zu generieren.

Wenn man jemanden von der Schule verweist, dann landet der Fall bei der jeweiligen Bezirksregierung. Die Politikerinnen und Politiker hier im Haus wissen, dass es fünf verschiedene Bezirksregierungen gibt. Verwaltungshandeln ist fünfmal unterschiedlich. Da wird das System mittlerweile ad absurdum geführt. Deshalb ist das alles so weich und wirkt so wie Wischiwaschipädagogik. Es braucht mehr Klarheit für die Schulen.

Sie haben mich auch zu den Medienscouts gefragt. Die Medienscouts sind ein ganz tolles Projekt. Wir haben es an unserer Schule, auch an anderen Schulen läuft es mustergültig. Ich glaube aber nicht, dass diese Gruppe von Schülerinnen und Schülern auch noch das Thema „Antisemitismus“ abdecken kann. Man kann mit diesen Kindern gut zu Hate Speech und Fake News arbeiten.

Im Antisemitismusbereich stelle ich mir eher so etwas wie Demokratiescouts vor, weil die Schnittmenge eine andere ist. Jemand, der Medienscout wird, ist vielleicht technikaffin und kennt sich gut mit bestimmten Apps aus, wozu derjenige dann gerne Schulungen durchführt. Die Schülerschaft, die zum Beispiel über Vorurteile und demokratische Denkweisen aufklären möchte, ist eine andere, es gibt sie aber an Schulen.

Ben Salomo hat vorgeschlagen, Experten sollten an die Schulen geholt werden. Es gibt leider nicht so viele Experten, dass genügend Schulen damit abgedeckt werden könnten. Wenn aber solche Demokratiescouts als Projekt flächendeckend ausgerollt würden, könnte man Experten tröpfchenweise zur Unterstützung in die Schulen holen. Vor allem sind Elternabende sehr nachhaltig, wenn Schüler Dinge vorstellen und so in Klassen Peer-to-Peer-Situationen entstehen.

Stella Shcherbatova (NS-Dokumentationszentrum der Stadt Köln): Ich komme zur Frage von Frau Busch nach Beispielen erfolgreicher Projekte. Ich werde nun nicht nur als Mitarbeiterin des NS-Dokumentationszentrums und als psychologische Beraterin berichten. Ich habe 15 Jahre als Leiterin einer Begegnungsstätte der Synagogengemeinde Köln gearbeitet. Dabei habe ich viele Erfahrungen mit Schulen im Rahmen verschiedener Projekte gesammelt.

Es gab Erfolge und nicht ganz so erfolgreiche Projekte. Ganz generell muss ich sagen, dass es einfach ist, ein Pilotprojekt mit einer Schule zu machen. Das machen wir, obwohl auch das nicht selbstverständlich ist. Mein Traum war aber immer, dass wir nicht nur Pilotprojekte für irgendwelche Klassen machen und danach alles vergessen ist. Es muss strukturelles Element sein, dass zum Beispiel eine Projektwoche zum Judentum oder ein Theaterprojekt zu einem bestimmten Thema gemacht wird – und das nicht nur in einer Klasse, sondern jedes Jahr in einem bestimmten Jahrgang. Das hat aus verschiedenen Gründen leider nicht geklappt. Schulen haben andere Verpflichtungen. Außerschulische Arbeit ist für Schulen immer schwierig.

Trotzdem muss ich über ein Projekt, das erfolgreich war, berichten und dazu eine Vorgeschichte erzählen. Ich habe immer mit einem bestimmten Gymnasium in Köln und dort einem bestimmten Geschichtslehrer gearbeitet. Ich muss betonen: Nur wenn man einen so engagierten Lehrer findet, kann man etwas in einer Schule bewirken. Das gehört nicht zur Struktur der Schule. Man muss selbst viel Mühe hineinstecken, um engagierte Lehrer zu finden.

Nun hatte ich einen solchen Lehrer. Er sagte allerdings zu mir, wir bräuchten keinen Workshop zum Thema „Antisemitismus“ zu machen, weil es an der Schule keinen Antisemitismus gebe. Zwei Monate später kam er wieder und sagte, ich hätte doch recht gehabt, es gebe da etwas. In der Schule sei das Buch „Nathan der Weise“ gelesen worden. Der Lehrer habe eine Wortwolke zu diesem Stück erstellen lassen, wobei sehr viele antisemitische Ausdrücke herumgekommen seien. Ich werde diese Ausdrücke jetzt nicht wiederholen. Er fragte mich, was nun getan werden könne, woraufhin ich ein Projekt vorgeschlagen habe.

Der Jahrgang kam daher daraufhin in unser Dokumentationszentrum, wo wir dann sehr viel zum Thema „Judentum heute“ sensibilisiert haben, und zwar nicht einfach durch Theorie. Vielmehr habe ich reale Begegnungen mit Menschen organisiert. Es gab noch eine Dame, die die Schoah überlebt hatte.

Außerdem gab es ein Treffen mit Jugendlichen aus unserem jüdischen Jugendzentrum. Sie haben zu Antisemitismus, Diskriminierung und dazu, was es bedeutet, ausgegrenzt zu sein, erzählt.

Daraus ist dann ein Theaterstück entstanden. Dadurch haben die Kinder selbst das erlebt, was jüdische Kinder erzählt haben. Das war ein sehr erfolgreiches Projekt. Projekte wie Dokumentartheater oder Arbeit mit Zeugen sind aus meiner Sicht erfolgversprechend.

Leider gibt es die Generation der Schoahüberlebenden fast nicht mehr. Es geht aber um generationsübergreifende Traumata. Auch die zweite oder dritte Generation hat etwas zu erzählen.

Man muss betonen, dass man sehr vorsichtig sein muss. Jüdische Kinder sollten in der Schule nicht Experten für alles mit dem Judentum Verbundene sein. Vor Kurzem hatte ich eine Beratung mit einer Person, in deren Familie verschwiegen wurde, dass sie jüdisch ist. Die ältere Generation hat aber die Synagoge besucht. Irgendwann hat die Enkelin dann erfahren, dass sie aus einer jüdischen Familie kommt. In der Schule hat sie dann davon berichtet, dass ihre Großeltern die Synagoge besuchen. Daraufhin wurde sie aufgefordert, zu erzählen, wie eine Hochzeit im Judentum stattfindet. Jüdische Kinder können nicht als Experten für das gesamte Judentum herangezogen werden. Das muss vermieden werden. Ich möchte also auch auf die Gefahren aufmerksam machen.

Prof. Dr. Karim Fereidooni (Ruhr-Universität Bochum): Ich wurde gefragt, wie erfolgreiche antisemitismuskritische Arbeit in der Schule stattfinden könne. Sowohl in der Studie als auch in meiner Fortbildungstätigkeit an Schulen habe ich erlebt, dass die erfolgreichsten Lehrkräfte diejenigen sind, die nicht das Schulbuch nutzen, sondern eigene Materialien entwickeln, sich Zeit nehmen, also nicht in Unterrichtssequenzen denken, sondern Theaterprojekte und andere alternative Darstellungsformen jenseits von Tests und Klausuren nutzen. Sie müssen sich auch ein Stück weit aus dem Fenster lehnen, denn es gibt ja nicht nur das vom Land vorgegebene Curriculum, sondern auch noch das jeweils individuelle Schulcurriculum, das in der Fachkonferenz mit den Kolleginnen und Kollegen abgesprochen wird.

Für ein viermonatiges Theaterprojekt muss man erst einmal Mut beweisen. Neue Lehrkräfte haben den Mut nicht, weil sie erst einmal damit klarkommen müssen, überhaupt Unterricht zu geben. Die, die am erfolgreichsten sind, widersetzen sich ein Stück weit diesem Muster, diesem Korsett, weil das Korsett nicht dazu befähigt, guten antisemitismuskritischen oder rassismuskritischen Unterricht zu machen.

Es gibt „Schule im Aufbruch“. Ich empfehle allen Pädagoginnen und Pädagogen, sich das einmal anzuschauen, Stichwort: pädagogische Tage.

Vielleicht mache ich mich damit unbeliebt, aber ich halte nichts davon, einmal im Jahr eine Woche zum Thema „Antisemitismus“ durchzuführen. Es muss in den Regelbetrieb aufgenommen werden. Was macht eine „Schule im Aufbruch“? Zumindest einige davon machen nicht einmal im Jahr solche Projekte, sondern pro Woche werden 45 oder 60 Minuten – je nach Zeittafel – pro Woche freigeschaufelt. Beispielsweise beschäftigt sich die fünfte Klasse mit Antisemitismus, die sechste Klasse mit Queerfeindlichkeit. So wird jede Woche gelernt, selbstständig an Projekten zu arbeiten. Solche Dinge sind notwendig.

Man muss sich als Schule in gewissem Maße vom engen Korsett befreien. Auch das ist nicht perfekt, aber es geht nicht um perfekte Lösungen. Außerdem muss man sich damit arrangieren, dass ungefähr 10 bis 20 % der Bevölkerung gar nicht erreicht werden. Es kommt darauf an, wie damit umgegangen wird. Dafür sind gute Maßnahmen nötig.

Einige Schulen haben es sich zur Aufgabe gemacht, eine Beratungsstelle nicht nur für Antisemitismus, sondern auch für Sexismus zu etablieren, wenn sich fünf bis sieben

Kolleginnen und Kollegen gemeinsam dafür engagieren. Das bedeutet, dass die Schulleitung diesen Kolleginnen und Kollegen ein bis zwei Unterrichtsstunden pro Woche freigibt. Die Schulleitungen lachen immer, wenn ich so etwas erzähle. Es gibt aber solche Schulen. Wenn man weder Geld noch Zeit noch personelle Ressourcen hat, dann war das hier ein schöner Nachmittag, aber es wird keine Veränderung geben.

Zur Frage nach unterschiedlichen Handlungsmaßnahmen. Antisemitismus- und Rassismuskritik sind immer Kasuistik, Fallarbeit. Es kommt auf die Schüler*innenschaft an. Wenn Lehrkräfte ihre Schüler*innen kennen, dann wissen sie, wo der Schuh drückt. Ich habe sechs Jahre lang an einem katholischen Gymnasium unterrichtet. Das war eine hochgradig akademische Klientel. Es bestand kein Kontakt zu jüdischen oder muslimischen Menschen und auch nicht zu beispielsweise prekär beschäftigten Menschen. Die Handlungsmaßnahmen müssen also passgenau für die einzelne Schule sein. Es kann nicht alles vom Ministerium vorgegeben werden. Es können aber Ressourcen bereitgestellt werden, damit Schulen überhaupt atmen und die richtigen Instrumente wählen können.

Heike Joerß (Walter-Eucken-Berufskolleg): Es ist vollkommen richtig, dass Schule durch die Lehrkräfte lebt. Die Kunst der Schulleitung besteht darin, den Kolleginnen und Kollegen, die sich etwas auf die Fahne geschrieben haben und mit Herzblut und Begeisterung ein Thema verfolgen, den Raum zu geben, das zu leben – allen widrigen Umständen zum Trotz. Das sehe ich genauso.

Die allermeisten Schulen versuchen das auch, aber es ist natürlich manchmal schwierig, und es braucht auch ein bisschen Mut, über Dinge hinwegzusehen und Dinge nicht so zu tun, wie es eigentlich vorgeschrieben ist. Das ist eine ganz klare Sache.

Ich möchte etwas aufgreifen, was Herr Anger eben gesagt hat. Auch ich wünsche mir Handlungs- und Rechtssicherheit für Schulleitungen bei antisemitischen oder rassistischen Vorfällen. Die Ordnungsmaßnahmen ruhen sanft in der BASS und im Schulgesetz. Auch in anderen Kontexten stellen wir fest, dass wir es nicht vernünftig anwenden können, weil irgendjemand – konkret die Bezirksregierung – dazwischengrätscht, weil es mitunter um noch schulpflichtige Schülerinnen und Schüler geht. Wir müssen handlungsfähig sein. Es kann nicht sein, dass Dinge sehenden Auges toleriert werden müssen, weil Konsequenzen nicht durchgesetzt werden können, weil sie juristisch nicht haltbar sind. Das ist an vielen Stellen ein sehr großes Problem in Schulen. Da muss dringend etwas passieren.

Leute, die so etwas tun möchten, tanzen uns auf der Nase herum. Sie führen uns vor. Das geht so nicht. Wir müssen ganz klare Kante zeigen und volle Rückendeckung haben, um in problematischen Situationen vernünftig agieren zu können. Das würde ich mir sehr wünschen. Ich denke, dass dies relativ schnell, gut und ohne großen finanziellen Einsatz machbar wäre.

Außerdem wurde ich auf die Medienscouts angesprochen. Ich sehe das als bedenklich an, speziell in meiner Schulform. Unsere Schülerinnen und Schüler haben eine Regelverweildauer von zwei bis drei Jahren. Wir haben keine Medienscouts, weil es viel zu lange dauert. Bis sie einsatzfähig wären, sind sie schon in ihrer Prüfungsphase. Dann

kollidieren die Interessen. Das geht nicht. Es macht bei uns also gar keinen Sinn, auch ohne ihnen einen weiteren Auftrag zu geben.

Davon abgesehen halte ich das Thema für zu heikel, um es komplett aus der Hand zu geben und es Schülerinnen und Schüler selbst behandeln zu lassen.

Ben Salomo (*per Videozuschaltung*): Die zugeschalteten Sachverständigen sind vorhin aus der Videokonferenz herausgeflogen. Daher bin ich nicht sicher, ob ich alles mitbekommen haben.

Vorsitzender Florian Braun: An Sie wurde eine Frage gestellt. Die Kollegin Müller-Rech kann sie gerne wiederholen.

Franziska Müller-Rech (FDP): Es ging um die Ordnungsmaßnahmen. Frau Joerß hat gerade dazu ausgeführt, inwiefern sie so gestaltet werden können, dass sie Wirkung entfalten und keine zahnlosen Tiger sind.

Ben Salomo (*per Video zugeschaltet*): Herr Anger hat etwas sehr Kluges dazu gesagt. Speziell im Bereich „Antisemitismus“, aber auch im Bereich „Rassismus“ müssen Maßnahmen ein bisschen konsequenter und früherer ergriffen werden, als es vielleicht in anderen Angelegenheiten der Fall ist. Es ist sehr wichtig, Betroffenen Schutz vor Täterschutz walten zu lassen.

Es ist eine unglaubliche Belastung für die Betroffenen. Ich selber habe in meiner Schulzeit unfassbar viel Antisemitismus erlebt. Für mich war es über Wochen und Monate sehr schwierig, in die Schule zu gehen und immer wieder denselben Schülerinnen und Schülern zu begegnen. Die Schulleitungen taten sich sehr schwer damit, irgendwie zu handeln, bis es am Ende bei mir so war, dass man mir als demjenigen, der diskriminiert und angegriffen wurde, geraten hat, die Klasse zu wechseln. Es wurde nicht den Schülerinnen und Schülern geraten, die diskriminiert hatten, weil das natürlich komplizierter war und mehr Personen betraf. In der nächsten Klasse habe ich leider die Erfahrung gemacht, dass ich mir von einem Lehrer in einer Situation, in der ich mit ihm über eine schlechte Note gestritten habe, anhören musste, ich solle froh sein, dass man mich überhaupt in die Klasse aufgenommen habe.

Es ist sehr wichtig, dass, wenn sich Schüler antisemitisch artikulieren, hart reagiert wird, wenn keine Einsicht stattfindet. Wenn Einsicht stattfindet, dann kann man natürlich miteinander reden. Dann ist es vielleicht auch möglich, weiterhin präventive Maßnahmen durchzuführen und die Schülerinnen und Schüler weiter aufzuklären. Das ist eine Sache. Wenn aber keine Einsicht stattfindet, dann muss man unbedingt auch die Eltern ansprechen.

Ich kenne mich mit dem Schulgesetz nicht so gut aus. Von einem Schulleiter, ich glaube, in Bayern habe ich gehört, dass, wenn die Eltern der Aufforderung nicht nachkämen, mit dem Jugendamt gedroht werde. Ich weiß nicht, inwiefern das möglich ist. Der Schulleiter berichtete weiter, als Reaktion darauf habe er dann doch ganz positive Erfahrungen mit den Eltern gemacht, diese dann Tendenzen im Auge behalten oder

zumindest den Schülerinnen und Schülern gesagt hätten, sie sollten es wenigstens in der Schule unterlassen. Das ist natürlich nur die Hälfte des Weges, weil die Ideologie im Kopf weiter erhalten bleibt. Für die jüdischen Schülerinnen und Schüler wird die Situation an der Schule damit aber zumindest sicherer.

Wenn jüdische Schülerinnen und Schüler sichtbar sein sollen, wenn die Schulen für jüdische Menschen ein sicherer Ort sein sollen, dann muss das so signalisiert werden. Wenn es zum Beispiel eine Plakette „Schule ohne Antisemitismus“ gibt, dann heißt das, dass die Schülerinnen und Schüler wissen, dass, wenn Antisemitismus passiert – diese Plakette wird nur dann vergeben, wenn Handlungsprotokolle vorhanden sind und die Lehrerschaft entsprechend ausgebildet ist und Kontakt mit RIAS und Opferberatungsinstitutionen wie OFEK oder SABRA pflegt ...

Auch wenn an der Schule eine israelische Flagge gehisst wird, ist das ein ganz klares Signal für Solidarität und Sicherheit, wie es das auch nach dem Angriff auf die Ukraine gegeben hat. Ich sehe an Schulen oft eine Wand mit vielen Ländern und verschiedenen Sprachen, die an der Schule gesprochen werden. Fast überall fehlt die israelische Flagge. Da frage ich mich ganz oft, warum das der Fall ist. Man könnte so präventiv zeigen, dass die Schule ein sicherer Ort ist und dass Juden und Israel in der multikulturellen Gesellschaft und der Gesellschaft nach der Schoah mitgedacht werden. Israel hat eine sehr enge Verbindung mit Deutschland. Mit einer israelischen Flagge macht man auch die Eigenstaatlichkeit von Jüdinnen und Juden sichtbar.

Das würde ein Signal ausstrahlen, sodass sich jüdische Eltern und jüdische Schülerinnen und Schüler eher trauen, sich an der Schule anzumelden.

Marina Weisband (*per Video zugeschaltet*): Ich wurde gebeten, auf die verschiedenen Ursachen für Antisemitismus einzugehen und daraus konkrete Handlungsanweisungen abzuleiten.

Ich möchte damit beginnen, zu sagen, was keine Ursache für Antisemitismus ist. Das ist jüdisches Leben. Jüdisches Leben ist keine Ursache für Antisemitismus. Daher sollte das wieder entkoppelt werden. Es ist das eine, ein safe space zu sein und an Jüdinnen und Juden zu kommunizieren, dass sie dort sicher sind. Das andere ist, dass Antisemitismus größtenteils im Kopf von Antisemiten stattfindet. Da muss man ansetzen.

Der grundlegendste Grund ist Ohnmacht. Warum drückt sich Ohnmacht in Antisemitismus aus? Es ist eine unfassbar lange tradierte Geschichte, gerade in Deutschland, aber auch in anderen Ländern. Sie wird sich seit 2000 Jahren gesellschaftlich erzählt. Es ist ein sehr tief verankerter Go-to-Mechanismus, eine schwache Out-Group zu finden.

Hinzukommt das Lernen von zu Hause. Wenn Eltern aus welchen Gründen auch immer antisemitisch sind, werden deren Erzählungen übernommen. Da spielt natürlich die gesamte Geschichte von Israel eine gigantisch große Rolle.

Deshalb bin ich aber auch skeptisch, wenn den Jugendlichen erzählt werden soll, es sei falsch, was ihre Eltern ihnen erzählten. Stellen Sie sich einmal vor, man würde Ihnen erzählen, was Ihre Eltern, die Sie lieben und großgezogen haben, sagen, sei eine Lüge. Das nimmt niemand an. Man baut sofort eine Mauer auf, um das nicht an sich heranzulassen.

Das ist übrigens auch der Grund, warum Jugendliche so zu TikTok diffundieren, und zwar nicht nur muslimische Jugendliche. Jugendliche fühlen sich nicht repräsentiert. Sie klicken sich nicht in die ARD-Mediathek, weil die ARD-Mediathek nicht für sie ist. Sie wird nicht für sie hergestellt. Das spüren sie und wenden sich an eine alternative Quelle, wo sie sich ernst genommen fühlen. Sie werden von den Machern dort zwar auch nicht ernst genommen, aber das ist etwas ganz anderes. Sie fühlen sich dort ernst genommen. Deshalb glaube ich nicht, dass es nicht hilft, nur Sender und damit Informationen zu verbieten. Man muss stattdessen Anlaufpunkte schaffen, wo sich Jugendliche ernst genommen fühlen, wo sie informiert werden. Dafür müssen wir als parlamentarische Gesellschaft, in den Massenmedien auch wieder Jugendliche adressieren. Sie sind als Zielgruppe oft eine gesellschaftliche Randerscheinung.

Was kann man ganz konkret tun? Das Erste ist Lernen über die Geschichte Israels. Man erlebt es richtig. Sobald in Israel oder in palästinensischem Gebiet etwas explodiert, steigt der Antisemitismus in Deutschland sofort. Das ist seit Jahren so. Es muss etwas über die Geschichte von Israel gelernt werden, damit Jugendliche nicht nur eine Informationsquelle haben.

Auch wichtig ist, verschiedene jüdische Stimmen zu diesem Konflikt zu hören. Wenn ich mich in die Lage von arabischen Jugendlichen versetze, die auf Al Jazeera stets hören, dass Häuser zerbombt werden und täglich Hunderte Kinder sterben, und gleichzeitig in Deutschland die parlamentarische Gesellschaft Solidarität mit Israel bekundet, dann macht das in meinem Kopf etwas. Es entsteht bei diesen Jugendlichen eine Entzweiung. Ich nehme gerade keine politische Haltung ein, sondern versuche nur, zu illustrieren, dass im Kopf eine Entzweiung zwischen dem, was man auf dem einen Kanal, und dem, was man auf dem anderen Kanal wahrnimmt, entsteht. Man packt dann alle Juden in einen Topf und denkt, sie alle seien auf der Linie der israelischen Regierung. Damit macht man einen Monolith und schafft die Grundlage für Hass. Zu sagen, dass es ungefähr so viele Meinungen zum Konflikt mit Palästina und zur Zweistaatenlösung gibt, wie es Juden gibt, ist eine sehr gesunde Störung dieses monolithischen Gedankens.

Das Dritte geht viel weiter. Wir brauchen Demokratie an der Schule. Demokratie muss an der Schule gelebt werden. Das ist kein zweiwöchiges Projekt, keine Institutionskunde. Es geht um eine Änderung der Schulkultur dahin, dass den Schüler*innen selbst überlassen wird, welche Hausordnung es gibt, welche Freiräume sie haben, wie sie miteinander leben wollen, was sie stört. Sie sollten die verbindliche Möglichkeit bekommen, an diesen Dingen etwas zu ändern. Warum ist das wichtig? Das geht auf das grundlegende Gefühl der Ohnmacht ein. Konflikte und Menschenhass können nur überwunden werden, wenn eine Art von Solidarität zueinander aufgebaut wird. Diese Solidarität wird nicht nur dadurch aufgebaut, dass man einander einmal bei einem Schulbesuch kennenlernt, sondern dadurch, dass man an etwas, wobei gemeinsame Anliegen bestehen, zusammenarbeitet.

In der Schule gibt es sehr wenige gemeinsame Anliegen mit anderen Schüler*innen. Man versucht gute Noten zu schreiben; das ist eine individuelle Sache. Es gibt sehr wenige Anlässe, sich auszutauschen und seine Bedürfnisse gegeneinander aufzuwägen, zu diskutieren und zu argumentieren und sich auf eine bestmögliche Lösung

festzulegen. Das ist der demokratische Geist. Dieser demokratische Geist muss an Schulen praktisch gelebt werden, und zwar nicht während einer Projektwoche, sondern dauerhaft, weil Menschen ihre Rolle lernen, indem sie sie dauerhaft einnehmen, während sie sich sozialisieren, also während sie aufwachsen.

Sie werden mich völlig zu Recht fragen, woher man die Zeit und die Freiräume an den Schulen nehmen sollte, wo sie doch ohnehin überlastet seien. Ich muss dazu die Empfehlung geben, Prüfungen zu reduzieren. Es geht gar nicht darum, nicht mehr etwas über das Laichverhalten des Lachses zu lernen. Es muss Wissen darüber erworben werden, um zu lernen, wie wir lernen. Allerdings weiß man seit 30 Jahren, dass Prüfungen keinen validen Test des Lernstandes darstellen. Es ist das Prüfungsausmaß, das die Schulen so überfrachtet. Davon weg und hin zu mehr multiprofessionellen Teams an Schulen sowie zu mehr Leben und zu mehr selbstbestimmten Lernen zu kommen, würde ganz viele Probleme, die wir besprechen und in drei Jahren wieder besprechen werden, reduzieren.

Es tut mir so leid, dass ich in diesen Ausschuss komme und eine so riesige Antwort gebe und nichts Einfaches, Praktisches nenne, das nächsten Monat umgesetzt werden kann, aber das Problem ist ein riesiges. Wir sprechen von Demokratie. Die kann nicht nebenbei, im Nachmittagsbereich oder in einer Projektwoche abgehandelt werden. Deswegen ermuntere ich sehr dazu, sich noch einmal den größeren Fragen zu widmen.

Vorsitzender Florian Braun: Es gibt seitens der Abgeordneten noch weitere Fragen. Ich bitte ich darum, den Blick einmal auf die Uhr zu richten und die Fragen und Antworten kurz zu halten.

Franziska Müller-Rech (FDP): Weil wir darüber noch nicht gesprochen haben, greife ich den Vorschlag „Einrichtung einer zentralen Bildungsstätte, wo sich Schüler, Lehrkräfte und Referendare weiterbilden können“, auf. Frau Neuwald-Tasbach, Herr Mohr, Herr Salomo, ich würde gerne wissen, wie Sie zu diesem Vorschlag stehen.

Lena Zingsheim-Zobel (GRÜNE): Auch ich wollte das Stichwort „übergeordnete Stelle“ aufgreifen. Mir geht es um die Einrichtung von Kompetenzzentren zur Thematisierung von Antisemitismus, Rassismus, Nahostkonflikt und weiteren Geschehnissen. Frau Weisband, Frau Schlieck, Herr Killguss, inwiefern könnte ein solches übergeordnetes Kompetenzzentrum wirken bzw. wo wäre eine Grenze erreicht?

Sebastian Mohr (SABRA): Zur übergeordneten Institution. Als wir vor etwa zwei Wochen den entsprechenden Antrag besprochen haben, lautete unsere Meinung, dass die Idee gut sei, aber ein wenig die Vorstellungskraft fehle, wie das konkret umgesetzt werden sollte.

Ich unterstreiche den Aspekt, den wir in der Stellungnahme zumindest kurz angerissen haben. Bei all den guten Ideen sollte man die jüdischen Gemeinden in NRW direkt mit ins Boot holen, und zwar hinsichtlich der Frage, was überhaupt machbar ist. Häufig hat es auch Überforderung zur Folge.

In NRW gibt es sehr viele kleinere jüdische Gemeinden. Wenn da jede Woche eine Schulklasse anfragt, dann ist das gut, aber viele Gemeinden können das gar nicht leisten. Das sollte man bei solchen lobenswerten Ideen mitdenken. Man sollte also immer direkt auch fragen, ob realistisch ist, was eingefordert wird.

Hans-Peter Killguss (NS-Dokumentationszentrum der Stadt Köln): Ich spreche für eine NS-Gedenkstätte und einen Lern- und Erinnerungsort. Wir finden einerseits die lokale Verankerung wichtig, greifen andererseits aber gleichermaßen Fragen auf, die über die lokale Dimension hinausgehen. Ein solches Kompetenzzentrum könnte durchaus beanspruchen, dafür da zu sein.

Dafür wäre sicher wichtig, einerseits die historische Dimension des Antisemitismus zu sehen. Vorhin wurden schon verschiedene Projekte wie die Spurensuche jüdischen Lebens angesprochen. Andererseits geht es gleichermaßen um die aktuelle Dimension, also israelbezogenen Antisemitismus. In dieser Runde hier haben wir uns schon des Öfteren der Frage angenähert, dass es auch gilt, jüdisches Leben jenseits von Antisemitismen sichtbar zu machen.

Sie merken schon, dass ein solches Kompetenzzentrum wahrlich mit vielen Fragen und Herausforderungen konfrontiert wäre. Da gilt es, zu fragen, was leistbar ist und wo verschiedene Kompetenzen gebündelt werden können. In einer Stadt wie Köln erscheint mir das durchaus machbar, weil es dort auch Möglichkeiten gibt, mit sehr unterschiedlichen Akteuren und Akteurinnen zusammenzuarbeiten, die sowohl Antisemitismus als auch Rassismus bearbeiten können. Beides hängt durchaus sehr stark zusammen. Heute Nachmittag ist schon noch einmal klar geworden, dass es dafür Sensibilität braucht – auch für die Entstehungsursachen.

In unserer Stellungnahme haben Sie gelesen, dass wir einer solchen zentralen Bildungsstätte etwas Skepsis entgegenbringen. Nordrhein-Westfalen ist sehr groß. Daher halte ich das für schwierig. Es wäre notwendig, einzelne Orte zu schaffen, wo solche Kompetenzen zusammenfließen. Diese sind netzwerkartig vorstellbar. Ein Kompetenzzentrum muss nicht ein faktischer Ort sein, an dem zehn Personen in einem Büro sitzen.

Anna Schlieck (Mahn- und Gedenkstätte Düsseldorf): Ich schließe mich Herrn Killguss an und ergänze, dass wir sehr gute Erfahrungen mit Gruppen haben, die von den Zentren für schulische Lehrerbildung kommen – seien es diejenigen, die später in der Sekundarstufe I, oder diejenigen, die in der Oberstufe unterrichten werden. Die Lehramtsanwärterinnen und -anwärter sind motivierte junge Leute.

Wenn sie bei uns waren, wird von diesem Besuch eines außerschulischen Lernorts ausgehend überlegt, wie in der Schule weitergearbeitet werden kann. Die Motivation der Lehramtsanwärterinnen und -anwärter sollte man auf jeden Fall mitdenken.

Auch ich stimme zu, dass es nicht einen zentralen Ort für NRW geben sollte. Es gibt, wenn man so möchte, schon mehrere Kompetenzzentren vor allen Dingen in den großen Städten in NRW.

Wichtig für die außerschulische Bildung, die historisch-politische Bildung im außerschulischen Bereich zu betonen ist, dass sie in Düsseldorf, in Köln, in Münster und

vielen anderen großen Städten schon gut ausgebildet ist. Im ländlichen Raum hängt historisch-politische Bildung aber ganz häufig von Initiativen und Projekten ab. Diese leben dann natürlich auch von einer Förderung, wie sie häufig von den Landeszentralen für politische Bildung kommt und von der Bundeszentrale für politische Bildung kam. Wenn da Mittel gekürzt werden, macht es sich gerade im ländlichen Raum bemerkbar. Das merken wiederum wir, weil dann viele Gruppen beispielsweise vom Niederrhein nach Düsseldorf kommen, um hier Angebote wahrzunehmen. Man könnte es also verteilen, und es gäbe spannende Dinge auch in der historisch-politischen Bildung vor Ort. Wir merken aber, dass das Angebot im ländlichen Raum schrumpft.

Judith Neuwald-Tasbach (Jüdische Gemeinde Gelsenkirchen): Ich befürworte eine zentrale Bildungsstätte, wobei ich denke, dass es aufgrund der Größe unseres Bundeslands nicht nur einen Ort geben sollte, sondern es solche zentralen Bildungsstätten an verschiedenen Stellen geben sollte.

Ich halte es für wichtig, weil man dort Kompetenz erlernen kann. Gerade bei diesem Thema ist es wichtig, mit Lösungsmöglichkeiten, mit den Formen des Antisemitismus konfrontiert zu werden.

Die Lehrer, die dorthin kommen, lernen sich kennen und können sich vernetzen.

Ich würde sogar noch weiter gehen. Diese zentralen Bildungsstätten sollten nicht nur für Lehrer da sein. Vielleicht sollte es dort auch Seminare für zum Beispiel Eltern geben, um auch die Eltern kompetenter zu machen.

Ben Salomo (per Video zugeschaltet): Auch ich bin Befürworter einer solchen zentralen Bildungsstätte. Für eine sehr gute Idee halte ich, dass es verschiedene Zentren geben sollte, die miteinander vernetzt sind.

Es wäre sehr wichtig, dass sich dieses Kompetenzzentrum, diese zentrale Bildungsstätte zur IHRA-Antisemitismusdefinition bekennt und die Akteure, die dort die Kompetenz bilden, Akteure sind, die sich zur IHRA-Antisemitismusdefinition bekennen.

Das halte ich für sehr wichtig, weil das vor allen Dingen im Präventionsbereich meiner Meinung nach – das sagen auch sehr viele in der Forschung, die ich ernst nehme – die Definition ist, die man anwenden sollte, um Antisemitismus zu erkennen und ihm vorzubeugen.

Marina Weisband (per Video zugeschaltet): Ich glaube, wir sprechen über zwei Kompetenzzentren oder Kompetenznetzwerke. Das eine ist ein Kompetenzzentrum gegen Antisemitismus. Ein Kompetenzzentrum zum sogenannten Nahostkonflikt würde ich auslagern. Das war Teil der Frage.

Geht es um ein Zentrum, das Lehrer*innen berät und fortbildet, wie die Geschichte Israels und die aktuelle politische Lage im Osten unterrichtet werden sollen, halte ich das für einen sehr wichtigen Ort.

Ich sehe ein solches Zentrum nicht bei einer jüdischen Institution angesiedelt. Es sollte bei einer neutral wahrgenommenen Institution angesiedelt werden, um eine größtmögliche

Identifikationsfläche und ein möglichst breites Spektrum zu schaffen. Zum Nahostkonflikt gibt es nicht die eine Meinung, nicht die eine Darstellung der Geschichte. Teilweise stehen schon bei Ehepaaren völlig gegensätzliche Bilder nebeneinander, und sie müssen sich nicht notwendigerweise bekriegen.

Ich halte das für wichtig, möchte nur noch einmal darauf hinweisen, dass die Inanspruchnahme solcher Kompetenzzentren wiederum Zeit und Personal in Anspruch nimmt. Um diese Zeit- und Personalfrage an den Schulen kommen wir nicht herum.

Ich unterstütze den Vorschlag, dass das auch für Eltern offen ist. Als Mutter einer siebenjährigen Tochter, die gerade den Krieg im Gazastreifen erklären muss, hätte ich eine solche Ressource sehr gerne.

Vorsitzender Florian Braun: Abschließend greife ich eine Aussage von Herrn Professor Fereidooni auf, der eines seiner Statements mit der Bitte abgeschlossen hat, wir sollten ihm seine Aussagen nicht übel nehmen. Ich darf Sie im Namen aller Abgeordneten beruhigen: Wir nehmen selten etwas übel. Im Gegenteil: Gerade heute möchte ich großen Dank für die Zeit, die Sie uns zur Verfügung gestellt haben, sowie für die Arbeit, die Sie in Ihren jeweiligen Funktionen und Ihren Wirkungsstätten leisten, aussprechen. Ihr Beitrag ist ganz akut und aktuell wichtig und trägt dazu bei, dass wir Aufklärung betreiben können und Begegnungen schaffen.

Bei all den eindrucksvollen Beispielen, die uns bedenklich erscheinen, ist es, wenn ich mitbekomme, dass Herr Salomo aktuell noch viel häufiger an den Schulen unterwegs ist, vielleicht ein kleiner Lichtblick, dass viele vor Ort großes Interesse daran haben, diesen Austausch zu suchen und in Personen wie Ihnen finden.

Wir werden uns im Ausschuss bei nächster Gelegenheit weiter dazu beraten.

gez. Florian Braun
Vorsitzender

Anlage

04.04.2024/15.04.2024

Stand: 04.04.2024

Anhörung von Sachverständigen
des Ausschusses für Schule und Bildung**Gegen Antisemitismus auf Schulhöfen und in Klassenzimmern: Systematisch Prävention gegen Antisemitismus und Mechanismen der Konfliktbewältigung im Schulumfeld etablieren**

Antrag der Fraktion der FDP, Drucksache 18/6838

am Dienstag, dem 12. März 2024
14.30 bis (max.) 17.00 Uhr, Raum E3 D01, Livestream**Tableau**

eingeladen	Teilnehmer/innen	Stellungnahme
Antisemitismusbeauftragte des Landes Nordrhein-Westfalen Frau Leutheusser-Schnarrenberger Staatskanzlei des Landes Nordrhein-Westfalen Düsseldorf	<i>keine Teilnahme</i>	18/1328
SABRA Sebastian Mohr, Teamleiter Düsseldorf	Sebastian Mohr	18/1330
Albert-Einstein-Gymnasium Düsseldorf Michael Anger, Schulleitung Düsseldorf	Michael Anger	18/1303
Polizeipräsidium Düsseldorf Polizeipräsidentin Miriam Brauns Düsseldorf	<i>keine Teilnahme</i>	---
Ben Salomo Berlin	Ben Salomo <i>(per Videozuschaltung)</i>	---
NS-Dokumentationszentrum der Stadt Köln Hans-Peter Killguss und Stella Shcherbatova Köln	Stella Shcherbatova Hans-Peter Killguss	18/1327
Mahn- und Gedenkstätte Düsseldorf e.V. Düsseldorf	Anna Schlieck	---

eingeladen	Teilnehmer/innen	Stellungnahme
Marina Weisband Münster	Marina Weisband <i>(per Videozuschaltung)</i>	18/1314
Professor Dr. Karim Fereidooni Didaktik der sozialwissenschaftlichen Bildung an der Ruhr-Universität Bochum	Prof. Dr. Karim Fereidooni	18/1255 (Neudruck)
PD Dr. Kristin Platt – Institut für Diaspora- und Genozidforschung Ruhr Uni Bochum	Dr. Kristin Platt <i>(per Videozuschaltung)</i>	18/1343
Jüdische Gemeinde Münster – Sharon Fehr, kommissarischer Vorsitzender Münster	<i>keine Teilnahme</i>	18/1323
Jüdische Gemeinde Gelsenkirchen – Judith Neuwald-Tasbach Gelsenkirchen	Judith Neuwald-Tasbach	18/1316
Heike Joerß Schulleiterin Walter-Eucken-Berufskolleg Düsseldorf	Heike Joerß	---